

ZVA/ZVV öSi G/Rö 22.07.2020

## **Niederschrift**

Feststellung des Jahresabschlusses 2019 des Krankenhauszweckverbandes und Entlastung

## I. Vortrag

Dem Rechnungsprüfungsausschuss des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt obliegt die örtliche Rechnungsprüfung. Entsprechend § 3 Abs. 2 der Rechnungsprüfungsordnung des KhZVI baut die Prüfung auf den Ergebnissen der vorangegangenen Abschlussprüfung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer auf.

Der Jahresabschluss des KhZVI für das Jahr 2019 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH, München, geprüft und am 29. Mai 2020 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung erstreckte sich ebenfalls auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz. Der Prüfungsbericht wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt.

Die Geschäftsleiterin des Krankenhauszweckverbandes hat dem Rechnungsprüfungsausschuss ferner einen Bericht über die Abwicklung des Wirtschaftsplanes sowie zur Vermögens- und Finanzlage vorgelegt.

Das Beteiligungsmanagement legte darüber hinaus den Beteiligungsbericht 2020 vor, der einen Überblick über die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Beteiligungsunternehmen der Krankenhauszweckverbandes gibt.

Der Krankenhauszweckverband hat wie im Vorjahr einen Konzernabschluss aufgestellt und folgende Unternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen:

- Krankenhauszweckverband Ingolstadt (Mutterunternehmen)
- Klinikum Ingolstadt GmbH
- Alten- und Pflegeheim Ingolstadt GmbH
- Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH

Dieser wurde ebenfalls von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Prüfbericht ist als Anlage beigefügt.

Die Feststellung des Jahresabschlusses (einschl. des Lageberichts 2019) und die Entlastung der Geschäftsleitung, die erst nach der örtlichen Rechnungsprüfung erfolgen kann, bedürfen der Beschlussfassung durch die Zweckverbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes. Der Konzernabschluss und -lagebericht bedarf nur der Kenntnisnahme.

Nach Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung auf der Grundlage der vorgelegten Unterlagen und unter Würdigung der vom Abschlussprüfer und vom Beteiligungsmanagement erteilten Auskünfte gab der Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen seiner Sitzung am 01.07.2020 seine Empfehlung an die Zweckverbandsversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses, der Ergebnisverwendung und zur Entlastung:

## II. Antrag

Die Zweckverbandsversammlung wolle entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt beschließen:

- 1. Der geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss und der Lagebericht des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt für das Geschäftsjahr 2019 wird festgestellt; die aufgetretenen Planabweichungen werden genehmigt.
- 2. Nicht ausgeschöpfte Investitionsmittel für das Schulzentrum werden in Höhe von insgesamt TEUR 1.335 auf 2020 übertragen.
- 3. Der Jahresüberschuss von EUR 224.000,16 wird zusammen mit dem Gewinnvortrag von EUR 3.550.167,95 auf neue Rechnung vorgetragen.
- 4. Für das Haushaltsjahr 2019 wird der Geschäftsleiterin Frau Monika Röther Entlastung erteilt.
- 5. Der geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernjahresabschluss und -lagebericht des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt für das Geschäftsjahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Dr. Christiah Scharpf
Oberbürgermeister
und Verbandsvorsitzender

Anlage:

Jahresabschluss und Lagebericht 2019 des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt
Jahresabschluss und Lagebericht 2019 des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt Konzern

# Testatsexemplar

Krankenhauszweckverband Ingolstadt Ingolstadt

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS



Inhaltsverzeichnis	Seite
Lagebericht	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2019	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2019	7
Anlagenspiegel	17
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	1

## Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

# Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

## RAHMENBEDINGUNGEN UND GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt, gegründet im November 1981, dient ausschließlich und unmittelbar der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens.

Zu seinen Aufgaben zählt:

- die unentgeltliche Überlassung von Grund und Boden an die Klinikum Ingolstadt GmbH,
- die Verwaltung und der Betrieb des Berufsbildungszentrums (BBZ) über 7 genehmigte Berufsfachschulen mit 563 Ausbildungsplätzen; davon entfallen 20 Ausbildungsplätze auf die Krankenpflegehilfe; darüber hinaus stehen weitere 39 Plätze für die Ausbildung zum operationstechnischen Assistenten (OTA) zur Verfügung
- die Vermietung des Geriatrie- und Rehabilitationszentrum und des neuen Pflegeheims in der Krumenauerstraße 27 am Klinikum Ingolstadt
- die Verwaltung und Betreuung des Wohnungsbestandes

Zum 1. Januar 2005 wurde der Klinikbetrieb, die Entwöhnungseinrichtung und die Senioren-wohnanlage "Betreutes Wohnen" mit den Bauten auf die neu gegründete Klinikum Ingolstadt GmbH gegen Gewährung sämtlicher Gesellschaftsrechte ausgegliedert. Das Pflegeheim Sebastianstraße wurde nach seiner Ausgliederung in die Klinikum Ingolstadt GmbH zum 1. Januar 2007 auf deren neu gegründete Tochtergesellschaft die Alten- und Pflegeheim GmbH übertragen.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hält 100 % der Anteile an der Klinikum Ingolstadt GmbH, die im Rahmen der Ausgliederung des Klinikbetriebes und des Pflegeheimes im Jahre 2005 gegründet wurde. Der Grundbesitz verblieb beim Krankenhauszweckverband und wird seither unentgeltlich überlassen. Dies gilt auch für die im Jahr 2010 vom Krankenhauszweckverband erworbene ehemalige Privat-Klinik Dr. Reiser im Süden Ingolstadts.

Das auf dem Gelände des Klinikums 2005 errichtete Reha- und Geriatriegebäude mit 68 Betten wird vom Krankenhauszweckverband seither an das Geriatrie-Zentrum-Neuburg und an das Reha-Zentrum-Ingolstadt vermietet.

Gemeinsam mit der Heilig-Geist-Spital-Stiftung errichtete der Krankenhauszweckverband am Klinikum ein neues Pflegeheim mit 180 Plätzen, das im Herbst 2013 in Betrieb ging. Im Teileigentum des Krankenhauszweckverbandes stehen 100 Plätze. Zins- und abschreibungsdeckend sind 80 Plätze an die Alten- und Pflegeheim GmbH zum Betrieb des psychiatrischen Langzeitbereichs und der psychiatrischen Eingliederungshilfe vermietet. Weitere 20 Plätze werden an die Klinikum Ingolstadt GmbH für den Betrieb der Entwöhnungseinrichtung vermietet.

## WIRTSCHAFTLICHES UMFELD UND ENTWICKLUNG IN DER BRANCHE

Wie das Statistische Bundesamt in seinem Bericht vom 20. Februar 2020 mitteilt, war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2019 um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Das Wachstum hat sich jedoch deutlich verlangsamt gegenüber dem Vorjahr, in 2018 betrug es noch 1,5 %. Gestützt wurde das Wachstum im Jahr 2019 vor allem vom Konsum: Die privaten Konsumausgaben waren preisbedingt um 1,6 % als im Vorjahr, die Konsumausgaben des Staates stiegen um 2,5 %. Die Dienstleistungsbereiche und das Baugewerbe verzeichneten überwiegend kräftige Zuwächse. Die Wirtschaftsleistung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) ist hingegen eingebrochen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist in 2019 um 0,9 % gestiegen. Dieser beruht vor allem auf einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Arbeitnehmerentgelte sind wie im Vorjahr um 4,5 % gestiegen.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2019 mit einem Überschuss von 49,8 Mrd. Euro. Der Bund hatte mit 19,2 Mrd. EUR den größten Anteil am Überschuss, gefolgt von den Ländern mit 13,3 Mrd. EUR, den Sozialversicherungen mit 10,7 Mrd. EUR und den Gemeinden mit 6,6 Mrd. EUR.

Der Veränderungswert nach § 9 Abs. 1b Satz 1 KHEntgG für das Jahr 2019, der maßgeblich für die Budgetsteigerung und als Orientierungsgröße für das Ausbildungsbudget diente, lag bei 2,65 % (Vorjahr 2,97 %).

Für die Ausbildungsstätten wurden in 2019 staatliche Förderprogramme für integrierte Fachunterrichtsräume und für das digitale Klassenzimmer aufgelegt. Für Investitionen von geplanten TEUR 525 erhielt der Krankenhauszweckverband Ingolstadt eine Fördermittelzusage von TEUR 93.

Das Pflegeberufegesetz hat ab dem 1. Januar 2020 das Altenpflegegesetz und das Krankenpflegegesetz abgelöst. Ziel ist es, die Ausbildung zur Pflegefachkraft zu modernisieren, attraktiver zu machen und den Berufsbereich der Pflege insgesamt aufzuwerten.

Kern des Pflegeberufegesetzes ist die Einführung einer dreijährigen, generalistischen beruflichen Ausbildung mit dem Abschluss "Pflegefachfrau"/"Pflegefachmann". Die schulische und praktische Ausbildung dient der Vermittlung von Kompetenzen für die selbstständige und prozessorientierte Pflege von Menschen aller Altersstufen in allen Versorgungsbereichen. Damit wird der Wechsel zwischen den einzelnen Pflegebereichen erleichtert. Den Pflegekräften werden wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten und zusätzliche Einsatz- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet.

Neben dem generalistischen Berufsabschluss "Pflegefachfrau"/"Pflegefachmann" können Auszubildende mit Vertiefung im Bereich Altenpflege oder Kinderkrankenpflege für das dritte Ausbildungsjahr auch eine Spezialisierung mit dem Abschluss "Altenpfleger/in" oder "Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in" wählen. Die Wahlmöglichkeit wird nur von wenigen Schulen angeboten; in unserer Region hat das keine Schule im Programm. Die Finanzierung der Pflegeausbildung wird neu geregelt. Sie erfolgt einheitlich über den Pflegeausbildungsfonds (PAF).

Die noch gute Situation am Arbeitsmarkt, ein zunehmendes Angebot an Ausbildungsstellen und die mangelnde Attraktivität des Berufs der Pflegefachfrau/des Pflegefachmannes, gerade im Raum Ingolstadt, stehen in Zusammenhang mit der auf niedrigem Niveau befindliche Zahl der Bewerber für diese Ausbildungsplätze.

Die neue Ausbildung startet mit dem Schuljahr 2020/21 am 8. September 2020. Grundsätzlich haben wir auch weiterhin einen Ausbildungsbeginn am 1. April vorgesehen, der allerdings im Jahr 2020 nicht wahrgenommen wurde, da die Lehrpläne von Bund und Land zu spät zur Verfügung gestellt wurden und deshalb keine Zeit war, das schulinterne Curriculum fachlich fundiert zu etablieren. Selbst wenn dieser Frühjahrsbeginn angestrebt worden wäre, wäre dieser der Corona-Pandemie zum Opfer gefallen. Schulen, die diesen Ausbildungsbeginn angestrebt hatten, müssen ersatzweise auch auf den Herbst ausweichen.

## **GESCHÄFTSVERLAUF**

Die Anmeldungen für die Ausbildung in den Gesundheits- und Pflegeberufen bleiben weiterhin niedrig, haben sich aber stabilisiert. Die ergriffenen Maßnahmen, um diesem Trend entgegenzuwirken, wurden fortgesetzt. Gespräche zu hochschulischen Kooperationen, intensive Werbung auf Ausbildungsmessen und Informationsveranstaltungen an den allgemein bildenden Schulen, auch außerhalb der Region wurden weitergeführt. Durch die Krisensituation der Covid-19 Pandemie wurden allerdings die meisten Berufsinformationsveranstaltungen gestrichen. Die Aufnahmeverfahren, die üblicherweise bis Ostern abgeschlossen werden, können im Jahr 2020 nicht rechtzeitig durchgeführt werden. Ob und wie sich das auf die Bewerbersituation und die Besetzung der Ausbildungsplätze für das kommende Schuljahr auswirken wird, kann derzeit noch nicht prognostiziert werden. Weiterhin werden Kooperationen mit ausländischen Schulen für Gesundheit und Pflege angestrebt.

Durch Schüleraustauschmaßnahmen können ausländische Schüler für das Klinikum Ingolstadt interessiert werden. Auch diese, bereits für 2020 geplanten Maßnahmen wurden aufgrund der Reise- und Kontaktverbote auf 2021 verschoben.

Im Jahr 2019 waren 517 von 602 Ausbildungsplätzen besetzt. Die meisten freien Plätze sind in der Berufsfachschule für Krankenpflege (76).

Leistungsdaten		4			
Ausbildung	Plätze	2019	2018	Verände	erung
		besetzt	besetzt		
Operationstechnische Assistenten	39	51	37	14	37,8%
Hebammen	48	57	55	2	3,6%
Krankenpflege	240	164	163	1	0,6%
Krankenpflegehilfe	20	19	20	-1	-5,0%
Radiologieassistenten	60	54	52	2	3,8%
Physiotherapie	90	73	80	-7	-8,8%
Ergotherapie	60	55	57	-2	-3,5%
Logopädie	45	44	42	2	4,8%
	602	517	506	11	2,2%

Die dreijährige OTA-Ausbildung startet aufgrund des zu erwartenden Fachkräftemangels im OP-Bereich seit 2018 wieder jährlich. Wir streben die Besetzung von 12 Ausbildungsplätzen pro Jahr für das Klinikum Ingolstadt an. Für die Ausbildung hatten sich im Jahr 2019 86 Personen beworben. Darüber hinaus kooperieren wir mit dem Klinikum Neumarkt, der Ilmtalklinik Pfaffenhofen, dem Kreiskrankenhaus Schrobenhausen und der Klinik Kösching, sowie seit Herbst 2018 mit dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Regensburg und bieten den theoretischen Unterricht an. 27 Schüler der Kooperationspartner nahmen in 2019 dieses Angebot wahr, aus dem zusätzliche Deckungsbeiträge von TEUR 106 erzielt werden konnten. Die Klinik in Neumarkt und die genannte Regensburger Klinik werden ab 2020 eigene Ausbildungen anbieten und beenden die Kooperation mit uns. Die begonnenen Ausbildungen von 23 Schülern für die Kooperationspartner werden zu Ende geführt.

Die größte Anziehungskraft besitzt nach wie vor für die Hebammenschule mit einer Bewerberinnenzahl von 304 (Vorjahr 205). Das neue Hebammengesetz, das zum 01.01.2020 in Kraft trat, sieht vor, dass künftig die Hebammen ausschließlich an Hochschulen ausgebildet werden. Das Gesetz sieht eine Übergangsfrist vor, sodass eine Aufnahme von Bewerberinnen an der Berufsfachschule noch bis 2022 möglich sein wird. Die letzten Schülerinnen werden dann im Jahr 2025 die Schule verlassen. Es wird aber angestrebt, die Schule regulär bis zum letztmöglichen Aufnahmetermin weiter betreiben. zu Hochschulen, die Hebammenstudiengang durchführen, können in einer weiteren Übergangsfrist bis 2030 den fachpraktischen Unterricht von bisher noch bestehenden Hebammenschulen durchführen lassen falls sie nicht in der Lage sind, ausreichend qualifiziertes Fachpersonal (Hebammen) für die Lehre zu gewinnen.

Um das Ausbildungsinteresse für Gesundheits- und Pflegeberufe zu erhöhen, wurde diese nun kostenfrei gestellt. Für die Schüler an öffentlichen Schulen wurde eine tarifliche Vereinbarung getroffen, dass für alle Ausbildungsberufe eine Vergütung während der Ausbildungszeit gezahlt wird. Im Oktober 2018 wurde ein Tarifvertrag für die Auszubildenden verabschiedet. Nun erhalten auch die Schülerinnen und Schüler in den Therapie- und MTA-Schulen eine Vergütung. Die Klinikum Ingolstadt GmbH als Träger der praktischen Ausbildung hat mit Wirkung zum 1. Januar 2019 mit diesen Schülerinnen und Schülern einen Ausbildungsvertrag geschlossen mit dem die tariflichen Vereinbarungen umgesetzt wurden.

In der Berufsfachschule für Krankenpflege ist, neben den bestehenden Kooperationen mit den Kliniken Eichstätt und Kösching, eine Zusammenarbeit mit den Kliniken an der Paar in Aichach vereinbart. Diese belegten in 2019 40 Plätze. Ebenso besteht eine Kooperation bei der Ausbildung von Pflegefachhelfern mit den Kliniken Eichstätt, Kösching und Kipfenberg (Helios); sie belegten 3 Plätze. Bei den Kooperationen werden die Auszubildenden für den theoretischen und praktischen Unterricht an unseren Schulen unterrichtet, die praktische Ausbildung wird in den jeweiligen Krankenhäusern absolviert.

Zusätzlich wurde der Schulversuch mit einer Klasse für Asylbewerber und Flüchtlinge an der Berufsfachschule für Krankenpflegehilfe mit 20 Plätzen unter Genehmigung durch die Regierung von Oberbayern weitergeführt. Die Stadt Ingolstadt beteiligt sich mit der Hälfte der nicht gedeckten Personalkosten an der Finanzierung dieses Projekts.

Die Vermietungen konnten unverändert vollumfänglich fortgeführt.

Die geplanten betrieblichen Erträge des Geschäftsjahres konnten aufgrund höherer Zuweisungen für Lehrpersonal um 0,1 Mio. EUR übertroffen werden. Der Betriebsaufwand blieb infolge niedrigerer Personalaufwendungen um 0,4 Mio. EUR unter Plan. Das Betriebsergebnis liegt damit mit 1,3 Mio. EUR um 0,5 Mio. EUR über Plan. Demgegenüber traten jedoch um 0,6 Mio. EUR über Plan liegende Pensionslasten von 1,2 Mio. EUR ein. Außerdem konnten ungeplante Nachvergütungen für Lehrpersonal von 0,1 Mio. EUR vereinnahmt werden.

Der für 2019 geplante Jahresüberschuss von 0,2 Mio. EUR wurde erreicht.

#### LAGE DES UNTERNEHMENS

## **Ertragslage**

Die betrieblichen Erträge liegen mit TEUR 9.115 um TEUR 606 über dem Vorjahreswert. Dies beruht im Wesentlichen auf dem Anstieg der Erträge für den Schul- und Bildungsbetrieb, die im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um TEUR 272 auf TEUR 5.533 gestiegen sind, da um TEUR 186 höhere Zuweisungen der Klinikum Ingolstadt GmbH aus dem Ausbildungsbudget (TEUR 3.629) erfolgt sind und sich die Zuweisungen für Lehrpersonal um TEUR 76 auf TEUR 1.508 sowie die Gastschulbeiträge um TEUR 22 auf TEUR 363 erhöht haben. Die Materialkostenbeiträge reduzierten sich insbesondere wegen Rückgängen in der Labor-Schule und der Radiologie-Schule um TEUR 12 auf TEUR 33.

Die Mieteinnahmen bleiben konstant bei TEUR 1.570. Die Erträge aus Personalkostenerstattungen und Dienstleistungen an die Tochterunternehmen sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 133 auf TEUR 1.628 gestiegen.

Die periodenfremden Erträge fallen in 2019 mit TEUR 331 um TEUR 200 höher aus. Ursächlich dafür sind Schadensersatzleistungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Immobilie Sebastianstr. In Höhe von TEUR 108 sowie nachträgliche Lehrpersonalzuschüsse von TEUR 143.

Der **Betriebsaufwand** (Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen, sonstige betriebliche Aufwendungen abzgl. Fördermitteleffekte) stieg mit TEUR 8.113 in 2019 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 305 an.

Die **Personalkosten** sind dabei um TEUR 390 auf TEUR 5.831 gestiegen. Sie beinhalten in 2019 einen Aufwand von TEUR 440 (Vorjahr TEUR 137) für die Dotierung der Pensionsrückstellungen. Unter Eliminierung dieses Effektes ist ein Anstieg der Personalkosten gegenüber dem Vorjahr um TEUR 87 auf TEUR 5.391 zu verzeichnen, insbesondere bedingt durch Entgelttarifsteigerungen.

Erfolgsplan	Ist	Ist	Veränderung
	2019	2018	zum Vorjahr
	TEUR	TEUR	TEUR
Personalaufwand	5.831	5.441	390
Vollkräfte	59,4	59,3	0,2
Löhne und Gehälter	3.802	3.732	70
Sozialabgaben	510	481	29
Altersversorgung	1.351	1.013	338
Beihilfe	140	184	-44
sonst. Personalaufwendungen	29	31	-2

Dienstgruppe	IST 2019 VK	IST 2018 VK	Veränderung zum Vorjahr
02 MedTechnDienst	2,75	3,55	-0,80
07 Verwaltungsdienst	11,07	9,58	1,49
08 Sonderdienste	0,55	0,55	0,00
10 Personal d. Ausbildungsstätten	45,04	45,57	-0,53
Summe KhZVI	59,41	59,25	0,16

Der Rückgang bei den Lehrkräften ist im Zusammenhang mit der Schließung der Laborschule zu sehen.

Der **Materialaufwand**, der im Wesentlichen den Energie- und Wasserbezug (TEUR 255) sowie insbesondere bezogene Dienstleistungen von verbundenen Unternehmen (TEUR 239) betrifft, liegt wie im Vorjahr bei TEUR 513. Rückgängen bei den Energiekosten stehen Anstiege beim Dienstleistungsbezug von verbundenen Unternehmen gegenüber.

Die **Abschreibungen** (nach Abzug der Auflösung der Sonderposten aus Fördermitteln) liegen mit TEUR 594 um TEUR 45 unter dem Vorjahreswert.

Die Kosten für den Lehrbetrieb, die die Vergütung der nebenamtlichen Lehrkräfte und die Sachkosten für den Lehrbetrieb umfassen, sind mit TEUR 185 um TEUR 120 niedriger als im Vorjahr aufgrund generell reduzierter Kosten incl. des reduzierten Laborklassenbetriebs. Für Instandhaltung und Wartung wurden TEUR 80 (Vorjahr TEUR 98) verausgabt; das Hausgeld für das an die Alten- und Pflegeheim Ingolstadt GmbH vermietete Pflegeheim beläuft sich auf TEUR 276 (Vorjahr TEUR 240). Der Anstieg der Beratungs- und Prüfungskosten um TEUR 73 auf TEUR 316 steht im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungsverfahren zu Unregelmäßigkeiten und erhobenen zivilrechtlichen Klagen.

Zurückzustellende Aufstockungsleistungen bei Gewährung von Altersteilzeit mit TEUR 15 (Vorjahr TEUR 30) belasten das Ergebnis. Ferner sind Anlagenabgangsverluste für die Einrichtung der Laborschule von TEUR 43 zu verzeichnen.

Die Zinsbelastung stieg per Saldo um TEUR 101 auf TEUR 731, die mit TEUR 739 (Vorjahr TEUR 628) die Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen insbesondere für Pensionsverpflichtungen betrifft.

Der Krankenhauszweckverband ist mit seinen Einrichtungen als gemeinnützig anerkannt und ist ab 2005 von Einkommen- und Ertragsteuern befreit. An betrieblichen Steuern fielen daher nur Grundsteuern in Höhe von TEUR 4 an.

Das Betriebsergebnis incl. Zinsen und Steuern, das in 2019 kostenbedingt mit TEUR 1.339 um TEUR 452 höher ausfällt als im Vorjahr, wird bis auf TEUR 224 (Vorjahr TEUR 66) durch erforderliche Rückstellungsaufstockungen für Pensionen und Altersteilzeit aufgezehrt. Insbesondere die von den Kostenträgern nicht vollumfänglich anerkannten Pensionsrückstellungen für verbeamtete Lehrer in Höhe von TEUR 1.038 tragen dazu bei.

## Vermögens- und Finanzlage

Die Struktur des um TEUR 1.098 höheren Gesamtvermögens stellt sich wie folgt dar:

Vermögen	31.12.20	19	31.12.20	18	Verände	erung
	TEUR		TEUR		TEUR	
Anteile an der Klinikum Ingolstadt GmbH	52.183	54%	52.183	55%	0	0,0%
übriges Anlagevermögen	31.636	33%	32.464	34%	- 828	-2,6%
Anlagevermögen	83.819	87%	84.647	88%	-828	-1,0%
Forderungen aus Pensionsumlagen	7.569	8%	6.835	7%	734	10,7%
Wertguthaben Lebensarbeitszeitkonten	42	0%	52	0%	- 10	-19,2%
Mittel- und langfristiges Vermögen	91.430	94%	91.534	96%	-104	-0,1%
Forderungen und Abgrenzungen	424	0%	1.294	1%	- 870	-67,2%
Kreditgewährungen an Tochtergesellschaften	3.800	4%	2.713	3%	1.087	40,1%
Liquide Mittel, Geldanlagen	1.137	1%	152	0%	985	>100
Kurzfristiges Vermögen	5.361	6%	4.159	4%	1.202	28,9%
Gesamtvermögen	96.791	100%	95.693	100%	1.098	1,1%

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen sank um TEUR 104 auf TEUR 91.430.

Das Anlagevermögen sank bei Investitionen von TEUR 164, aufgrund der planmäßigen Abschreibungen von TEUR 949 und Abgängen von TEUR 43 um TEUR 828 auf TEUR 83.819.

Das Anlagevermögen gliedert sich wie folgt:

Vermögen	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Software	0	5	- 5
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	31.260	32.146	- 886
Technische Anlagen	168	206	- 38
Einrichtungen und Ausstattungen	208	107	101
Finanzanlagen	52.183	52.183	0
Anlagevermögen	83.819	84.647	-828

Die Investitionen betreffen mit TEUR 10 nachträgliche Herstellungskosten des psychiatrischen Teils des Anna-Ponschab-Pflegeheims und Erschließungskosten. In Einrichtung und Ausstattung wurden TEUR 154 investiert. Die Abgänge betreffen Laborausstattung im Zusammenhang mit der Schließung der Schule.

Infolge der Berücksichtigung des aktuellen Zinstrends sind die Pensionsverpflichtungen, die im Rahmen der Personalgestellung von den Tochterunternehmen zu erstatten sind, erneut um TEUR 734 auf TEUR 7.569 angewachsen.

Der Abbau der Forderungen um TEUR 870 auf TEUR 424 resultiert im Wesentlichen aus der Begleichung von offenen Forderungen aus dem Ausbildungsfonds und der weitgehenden Bezahlung der offenen Baukosten durch die Heilig-Geist-Spital Stiftung.

Die liquiden Mittel und die Ausleihungen an Tochterfirmen sind insgesamt cashflowbedingt um weitere TEUR 2.072 auf TEUR 4.937 angewachsen.

Die Finanzierung des Vermögens stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar	Die Finanzierung des	Vermögens stellt sich im	Noriahresvergleic	h wie folgt dar:
--	----------------------	--------------------------	-------------------	------------------

Kapital	31.12.20	19	31.12.20	18	Verände	erung
	TEUR		TEUR		TEUR	
Eigenkapital	76.385	79%	76.161	80%	224	0,3%
Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	4.512	5%	4.834	5%	- 322	-6,7%
Eigenmittel	80.897	84%	80.995	85%	- 98	-0,1%
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	15.026	16%	13.164	14%	1.862	14,1%
Mittel- und langfristiges Kapital	95.923	99%	94.159	98%	1.764	1,9%
Kurzfristiges Fremdkapital	868	1%	1.534	2%	- 666	-43,4%
Gesamtkapital	96.791	100%	95.693	100%	1.098	1,1%

Der Anstieg des Eigenkapitals um TEUR 224 auf TEUR 76.385 (78,9 %) resultiert aus dem Jahresüberschuss 2019. Der Sonderposten für die erhaltenen Zuwendungen zum Anlagevermögen, der Eigenmittelcharakter hat, ging infolge der planmäßigen Auflösungen (TEUR 355) und von Zugängen (TEUR 33) um TEUR 322 auf TEUR 4.512 zurück.

Das mittel- und langfristige Fremdkapital ist um TEUR 1.862 angestiegen. Dies beruht insbesondere auf dem im Vorjahresvergleich um TEUR 1.924 höheren Rückstellungsbedarf für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen, der sich damit nun auf TEUR 14.256 beläuft. Auch bei der Rückstellung für Altersteilzeit war eine Aufstockung um TEUR 21 auf TEUR 139 notwendig. Die mittel- und langfristigen Bankkredite des Vorjahres von TEUR 57 wurden vollständig getilgt. Daneben sind abgegrenzte Erbbauzinsen mit TEUR 614 (Vorjahr TEUR 639) enthalten.

Das kurzfristige Fremdkapital ist um TEUR 666 auf TEUR 868 zurückgegangen. Die kurzfristig fälligen Kreditverbindlichkeiten sanken infolge von Tilgungen um TEUR 416 auf TEUR 53. Die im Vorjahresvergleich um TEUR 60 niedrigeren kurzfristigen Rückstellungen von TEUR 553 betreffen Personalverpflichtungen, Beratungs- und Prüfungskosten sowie ausstehende Rechnungen.

Die übrigen Fremdmittel, die im Vorjahresvergleich um TEUR 191 auf TEUR 262 zurückgegangen sind, betreffen im Wesentlichen kurzfristig fällige Leistungsverbindlichkeiten.

Die Rückstellungen sind insgesamt um TEUR 1.884 auf TEUR 14.965 gestiegen. Zugängen in Höhe von TEUR 2.159 stehen Entnahmen von TEUR 195 und Auflösungen von TEUR 80 gegenüber. Die Fremdkapitalquote beträgt 16,4 % (Vorjahr 15,4 %)

Für die Investitionen (TEUR 164) und Kredittilgungen (TEUR 473) ergab sich ein Gesamtfinanzbedarf von TEUR 637. Dieser konnte vollständig aus dem Cash-flow gedeckt werden, der darüber hinaus eine Aufstockung der Geldanlagen und liquiden Mittel um TEUR 2.072 auf TEUR 4.937 ermöglichte.

## CHANCEN, RISIKOMANAGEMENT UND QUALITÄTSSICHERUNG

Risikomanagement und Qualitätssicherung ergänzen sich aus unserer Sicht in vielerlei Hinsicht. Unser Berufsbildungszentrum hat sich Qualitätsziele gesetzt. Mit dem stetigen Bestreben, die gesteckten Qualitätsziele zu erreichen und uns zu verbessern, minimieren wir gleichzeitig unsere Risiken.

Die Geschäftsleitung wird regelmäßig über die Kosten und Erlöse des Krankenhauszweckverbands informiert. Die Ansätze des Wirtschaftsplans werden gezielt und fortlaufend überwacht und Abweichungsanalysen durchgeführt.

Besondere Risiken aus schwebenden Geschäften sind nicht vorhanden.

Für nicht abwendbare Risiken besteht ein angemessener und regelmäßig aktualisierter Versicherungsschutz.

Unser Risikofrüherkennungssystem wird regelmäßig fortentwickelt, überwacht und von unserem Jahresabschlussprüfer im Rahmen der Prüfung des § 53 HGrG geprüft.

Im Einzelnen bestehen insbesondere nachstehende Risikofelder, die Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können: Die bedeutenden Risiken sind im Folgenden in absteigenden Reihfolge gelistet.

## Gesamtwirtschaftliche und gesetzgeberische Risiken

Die Entwicklungen im Bereich der Binnenkonjunktur betreffen uns unmittelbar. Das Steueraufkommen der Gebietskörperschaften berührt uns direkt, da die Investitionsförderung von diesen Einnahmen abhängt. Die Vorgaben der Krankenhausplanung und der Investitionsfinanzierung müssen beim Ausbau unserer Aktivitäten und bei der Sanierung des Berufsbildungszentrums beachtet werden. Aufgelegte Förderprogramme werden weitere erforderliche Investitionen im Schulbetrieb unterstützen.

Gesetzesänderungen können sowohl positive als auch negative Konsequenzen haben. Das deutsche Gesundheitswesen ist sehr stark reglementiert. Diese Reglementierungen wirken auf uns in Form der Ausgestaltung der Ausbildungsfonds und der Vereinbarung der individuellen Ausbildungsbudgets. Daneben sind wir bei der Erhebung unserer Mietzinsen an die Entwicklungen im Markt gebunden.

Mit unseren Kooperationen nutzen wir die Möglichkeiten, die der Markt bietet und werden diese auch weiterhin gezielt fortführen.

#### Markt- und Absatzrisiken

Auf Grund der staatlichen Schulplanung verfügen alle Berufsfachschulen faktisch über einen staatlich regulierten Gebietsschutz. Gemäß § 2 Abs. 1a) Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind im Krankenhausplan des Freistaats Bayern die Berufsfachschulen des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt explizit aufgeführt. Klassische Markt- und Absatzrisiken bestehen deshalb nicht, außer bei den Vermietungen, die aber im Wesentlichen an Kooperationspartner erfolgen.

Dennoch ergeben sich Veränderungen im Markt. Der Rückgang der Bewerberzahlen und das Absinken der Qualifikation der Bewerber bewirkt, dass immer weniger Schüler ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Dadurch entstehen höhere Kosten pro Ausbildungsplatz, die nicht finanziert sind.

Um diesen Veränderungen entgegen zu wirken, bietet das Berufsbildungszentrum u. a. in Kooperation mit der Fakultät für Soziale Arbeit (FH) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt einen Bachelor-Studiengang in Pflegewissenschaften an. Die Kooperation mit der KU Eichstätt-Ingolstadt lief zum Ende des Jahres 2018 aus. Die begonnenen Studiengänge müssen aber wie geplant zu Ende geführt werden. Das Ende der letzten "Dualität" wird demnach im Jahr 2021 sein. Zudem ist auf Bundesebene die Einführung einer gemeinsamen Ausbildung für Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege als Maßnahme zur Nachwuchssicherung verabschiedet worden. Aufgrund dessen müssen die zu erwartenden Detailregelungen abgewartet werden, ob und mit welchem hochschulischen Partner weitere Studiengänge angeboten werden können. Dies gilt auch für die veränderte Ausbildung der Hebammen.

Die Berufsfachschule für Physiotherapie in Ingolstadt ist seit Ende 2016 Kooperationspartner der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH). Ebenso besteht mit der Regensburger Hochschule eine Kooperation der BFS für Logopädie. Gegenstand der Kooperation sind die Bachelorstudiengänge "Angewandte Gesundheitswissenschaften"/Physiotherapie bzw. Logopädie dual.

#### **Finanzrisiken**

Zinsrisiken bestehen infolge der kurzfristigen vorübergehenden Nettoverschuldung nur in geringem Umfang. Kursrisiken, Transaktions- oder Währungsrisiken bestehen nicht.

Risikoreiche Finanzanlagen sowie Finanzgeschäfte im Termin-, Options- und Derivatemarkt werden nicht getätigt.

## Beschaffungsrisiken

Bei der Beschaffung von Einrichtungen und Ausstattungen sowie von Sachbedarf sind wir auf Fremdanbieter angewiesen. Diese Abhängigkeiten können mit Risiken behaftet sein, z. B. bei Lieferschwierigkeiten oder Qualitätsproblemen.

Die Beschaffungen erfolgen teils über die Einkaufsabteilung und teils über die Verwaltungsleitung des Berufsbildungszentrums. Der Einkauf stellt durch kontinuierliche Markt- und Produktbeobachtung sicher, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nur im Ausnahmefall entstehen können.

## Erfolgs- und Liquiditätsrisiken

Die Monatsabschlüsse und der Jahresabschluss werden zügig erstellt und der Geschäftsleitung vorgelegt. So können frühzeitig negative Entwicklungen erkannt und – wenn notwendig – Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Etwaige Liquiditätsengpässe können so frühzeitig erkannt werden.

Durch regelmäßige Zeit- und Betriebsvergleiche (Bayerische Krankenhausgesellschaft u.a.) von Aufwendungen, Erträgen, betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, Personalkennzahlen und anderen Indikatoren werden unsere Analysen unterstützt. Monatliche Erfolgs- und Liquiditätskontrollen sichern unsere Prognosen und unseren Liquiditätsstatus ab.

#### Mitarbeiter

Der Fachkräftemangel stellt nach wie vor ein zentrales Risiko dar. Im Gesundheitsmarkt, speziell bei Leistungsanbietern im stationären Sektor, herrscht ein intensiver Wettbewerb um qualifiziertes Personal. Die Gewinnung und Bindung Fachpersonal von berufsgruppenübergreifend eine aleichbleibend hohe Herausforderung dar. Neben Führungskräften im medizinischen und administrativen Bereich wird qualifiziertes Ausbildungspersonal gesucht. Dieser Fachkräftemangel führt durch die Tendenz zur Gewährung über-/außertariflicher Vergütungen zu einem Anstieg der Personalkosten, dem wir u.a. durch das Angebot unserer flexiblen Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle entgegentreten wollen.

Ein erheblicher Mangel von Mitarbeitern in Schlüsselpositionen kann in einem Dienstleistungsbetrieb die Qualität beeinträchtigen und zusätzliche Risiken bis hin zum partiellen Betriebsstillstand im jeweiligen Bereich generieren. Dies kann Erlösausfälle zur Folge haben. Situationen des Personalmangels können die Wahrnehmung von Wachstumschancen und dadurch auch eine nachhaltige Unternehmensentwicklung gefährden. Die Bedeutung einer zeitgerechten und qualifizierten Gewinnung von Personal nimmt zu. Über Anreizsysteme bei der Vergütung und attraktive Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten versuchen wir, Mitarbeiter zu gewinnen, zu binden und weiterzuentwickeln.

Im Berufsbildungszentrum stehen wir vor Veränderungen der Gesundheitsberufe in immer kürzeren Abständen. Wegen der geplanten generalistischen Ausbildung in der Pflege und dem hohen Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften wird sich die Krankenpflegeschule neu aufstellen müssen. Der Umfang der Ausbildung in den Diagnostikberufen wird deswegen auch aus Kapazitätsgründen überprüft. Die Einrichtung eines Simulationszentrums für Operationen und Diagnostik ist geplant.

Wir unterstützen persönliches Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch moderne und attraktive Arbeitsplätze, durch motivationserhaltende und -fördernde Erfolgsbeteiligungen sowie durch flexible Arbeitszeitmodelle. Wir fördern regelmäßige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf allen Hierarchieebenen. Großes Augenmerk gilt dabei der

Ausbildung in unseren Berufsfachschulen des Krankenhauszweckverbands. Wir bilden jährlich über 500 Schülerinnen und Schüler aus, die den eigenen Bedarf und die Bedarfe der Region abdecken sollen. Dem Fachkräftemangel in allen Gesundheits- und Pflegeberufen soll damit entgegengewirkt werden.

Seit Januar 2020 breitet sich in Deutschland überregional das sogenannte Coronavirus aus. Dadurch ist der Schulbetrieb des KhZVI wesentlich eingeschränkt. Es ist derzeit nicht verlässlich absehbar, ab wann der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen werden kann. Hierdurch entstehen grundsätzlich zahlungswirksame Verluste, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft im Jahr 2020 in nennenswertem Umfang belasten werden.

Die genauen Auswirkungen sind aktuell noch nicht abschätzbar aber es wird davon ausgegangen, dass der entstehende Verlust durch die vorhandene Liquidität abgedeckt werden kann.

#### Chancen

Die Kosten werden erheblich durch die Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst, speziell durch die Regelungen des TVöD, und durch die Preisentwicklung auf dem Energiesektor beeinflusst. Unsere flexiblen Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle liefern uns die Möglichkeit, auch hier die sich bietenden Chancen zu nutzen. Ein sparsamer Ressourcenverbrauch hilft uns den gestiegenen Energiekosten entgegen zu treten.

Neben den Chancen aus der Nutzung flexibler Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle ergeben sich insbesondere Chancen aus der Gewinnung von zusätzlichen Schülern.

An unserer Schule unterrichten Pflegepädagogen, Ärzte und Lehrer für Pflegeberufe. Sie alle haben eine enge Bindung zum Pflegeberuf und häufig eine langjährige klinische Erfahrung. Die praktische Ausbildung findet im Klinikum Ingolstadt oder in den kooperierenden Kreiskrankenhäusern Eichstätt, Kösching und Aichach statt. Sie wird von Praxisanleitern sowie von den Fachlehrern der Schule begleitet. Eine enge Beziehung zwischen Lehrern und Schülern entsteht durch viele praktische Übungen sowie die individuelle Begleitung auf den Stationen. Vertrauen und Offenheit sind die Basis für ein positives Miteinander. Im Zentrum unseres Tuns stehen immer unsere Schüler und die von ihnen betreuten Patienten. Nur so können wir den Slogan des Klinikums "in guten Händen" mit Leben füllen.

Die Berufsfachschule für Medizinisch-technische Radiologieassistenten bietet Schulabgängern und Umschülern die Möglichkeit, sich in einem angesehenen Beruf mit ausgezeichneten Anstellungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten ausbilden zu lassen. Unser Ziel ist es, aus unseren Schülern gesuchte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu machen. Daher arbeiten wir an einer stetigen Verbesserung unserer Unterrichtsmethoden und führen unsere Schüler schon in der Ausbildung an modernste Geräte heran.

## Gesamteinschätzung

Die Überprüfung der Gesamtrisikolage des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt hat ergeben, dass bestandsgefährdende Risiken nicht bestehen.

#### **AUSBLICK AUF DAS GESCHÄFTSJAHR 2020**

## Strategische Zielsetzung

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt betreibt mit dem Berufsbildungszentrum eines der größten Ausbildungszentren für Berufe im Gesundheitswesen in Bayern. Der Ausbau der Ausbildung für operationstechnische Assistenten, der von der Klinikum Ingolstadt GmbH finanziert wird, ist geplant.

Weitere Angebote, wie neben der dreijährigen Ausbildung in den Berufen Gesundheits- und Krankenpflege auch das Fachabitur erreichen zu können, zeigen die Innovationskraft des Berufsbildungszentrums. Die Investitionen werden über Förderprogramme des Freistaats, mit Zuschüssen der Träger oder mit Eigenmitteln finanziert.

Die Ausrichtung einer zeitgemäßen Ausbildung die sich an digitalen, wie auch sektor- und fachübergreifenden Prozessen orientiert, ist durch die Schaffung von weiteren Angeboten ein sehr wichtiger Schritt zur Erhaltung und Verbesserung der Attraktivität der Schule.

Die Kooperation mit den umliegenden Kliniken ist weiterhin vorgesehen.

Die beruflichen Schulen sind mit ihren hoch qualifizierten Lehrkräften Garant für eine umfassende und zukunftsfähige Ausbildung. Die Ausbildung für Asylbewerber in einem staatlich geförderten Schulversuch soll weitergeführt werden. Eine Co-Finanzierung für die nicht durch das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz gedeckten Kosten erfolgt durch die Stadt Ingolstadt.

Die Vermietungen sind das zweite Standbein des Krankenhauszweckverbands. Alle Mieter sind zusätzlich auch Kooperationspartner der Klinikum Ingolstadt GmbH. Damit wird die Verzahnung in der Gesundheitswirtschaft weiter vorangetrieben. Die Klinikum Ingolstadt GmbH mietet die Räume der Entwöhnungseinrichtung auch nach deren Schließung am 01. Mai 2020 weiter. Dort ist die Unterbringung von psychosomatischen Patienten geplant.

## Geschäftsentwicklung und Prognose 2020

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat das Geschäftsjahr 2020 planmäßig begonnen. Die Bewerberzahlen sind weiterhin rückläufig. Jedoch sind weitere Kooperationen mit benachbarten Kliniken abgeschlossen worden, sodass wir mit einer Zunahme bzw. einer Stabilisierung auf dem Vorjahresniveau im Jahr 2020 rechnen.

Die Ergebnisse liegen bisher im Rahmen unserer Planung. Über den Ausbildungsfonds, das zusätzliche Ausbildungsbudget und den neuen Fonds für die Pflegeausbildung werden voraussichtlich die erforderlichen Finanzmittel zufließen.

Die Verhandlungen für das Ausbildungsbudget 2020 sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

Für das Geschäftsjahr 2020 wurde bei Gesamterträgen von rund 9,1 Mio. EUR ein Überschuss von 0,2 Mio. EUR geplant. Die vorgesehen Investitionen von voraussichtlich 1,6 Mio. EUR betreffen hauptsächlich die Sanierung und Modernisierung des Schulzentrums. Die Finanzierung erfolgt aus Förder- und Eigenmitteln. Für 2020 wurden Fördermitteleinnahmen in Höeh von TEUR 288 geplant.

Zur Arrondierung des Geländes und für Erweiterungsmöglichkeiten des Klinikums Ingolstadt wurden Grundstücke mit Kosten in Höhe von 13 Mio. EUR erworben. Die Finanzierung erfolgt über langfristige Darlehen.

Durch die Corona-Pandemie sind aber die bisherigen Planungen insgesamt nicht mehr einzuhalten. Eine verlässliche Ergebnisprognose ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Die Simulation verschiedener Szenarien zeigt aber, dass es aus heutiger Sicht auch in pessimistischen Szenarien gelingt, die Liquidität der Gesellschaft zu sichern. Grundlegende

Annahme der Szenarien ist eine schrittweise Wiederaufnahme der generalistischen Pflegeausbildung ab dem 1. Oktober 2020, was nach heutigem Kenntnisstand wahrscheinlich ist. Auf Basis der aktualisierten Planung gehen wir davon aus, dass die verfügbare Liquidität ausreicht die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit aufrecht zu erhalten.

Ingolstadt, 29. Mai 2020

Krankenhauszweckverband Ingolstadt

Monika Röther (Geschäftsleiterin)

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

## Bilanz zum 31. Dezember 2019

## Aktiva

2. Gründstücke und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten a. fremden Gründstücken 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten 4. Technische Anlagen und Maschinen 5. Einrichtungen und Ausstattungen 6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau 119.029.75 119.029.75 21.63.462,75 22.183.462,75 31.635.490,57 32.458.589.83 31.635.490,57 32.458.589.83 31.635.490,57 32.458.589.83 31.635.490,57 32.458.589.83 31.635.490,57 32.458.589.83 31.635.490,57 32.458.589.83 31.635.490,57 32.458.3462,75 52.183.462,75 52.183	MNI	tiva	31.12.2019	31.12.2018
1.			€	€
Entgelltich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werten  Rechten und Werten  1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken  2. Gründstücke und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken  3. Grundstücke und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten (Archeinische Anlagen und Maschhien)  5. Einrichtungen und Baschien (16.7728,00) 200,837,00 106,891,00 10	A.	Anlagevermögen		
und ähnliche Rechte und Werten  Rechten und Werten  0 5.155,00  0,00 6.07,11  0,13,74,61,13,13,13,14  1,13,74,61,13,75,4,61  1,13,74,61,13,75,75  1,13,754,61  1,		I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Rechten und Werten				
II. Sachanlagen   1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken   31.074.401,11   31.960.607,12   31.074.401,11   31.960.607,12   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.401,11   31.960.607,13   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.601   31.074.701   3		und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen		
II. Sachanlagen   1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken   31.074.401,11   31.960.607,12   31.074.601,12		Rechten und Werten		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken 31.074.401,11 31.960.607,12 2. Gründstücke und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten a. fremden Gründstücken 133.754,61 133.754,61 133.754,61 151.700,10 5			0,00	5.155,00
einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken 2. Gründstücke und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten a. fremden Gründstücken 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten 4. Technische Anlagen und Maschinen 5. Einrichtungen und Ausstattungen 6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau  III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen 5. 2.183.462,75 5. 2.183.4		II. Sachanlagen		
2. Gründstücke und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten a. fremden Gründstücken 133.754,61 133.754,61 51.700,10 51.70		<ol> <li>Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten</li> </ol>		
einschl. der Wohnbauten a. fremden Gründstücken 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten 4. Technische Anlagen und Maschinen 5. Einrichtungen und Ausstaltungen 6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau 119.029,75 119.029,75 22.485.599,85 31.635.490,57 32.463.744,85  III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen 52.183.462,75 52.183.462,		einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	31.074.401,11	31.960.607,12
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten 4. Technische Anlagen und Maschinen 5. Einrichtungen und Ausstattungen 6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau 119.029,75 11.635.490,57 32.485.589,86 31.635.490,57 32.463.744,86  III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen Anteile an verbundenen Unternehmen 52.183.462,75 52.183.		<ol><li>Gründstücke und gründstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten</li></ol>		
4. Technische Anlagen und Maschinen 5. Einrichtungen und Ausstattungen 6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau 119.029,75 (31.635.490,57 32.458.589,83 31.635.490,57 32.458.589,83 31.635.490,57 32.458.589,83 31.635.490,57 32.458.744,83  III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen 52.183.462,75 52.183.462,75 52.183.462,75 52.183.462,75 52.183.462,75 52.183.462,75  B. Umlaufvermögen 1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 3.175,03; Vorjahr: T€ 0) 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 7.569.002,87; Vorjahr: T€ 6.835) (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724) 3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)  11.688.218,57 10.767.621,8:  II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten 1.136.997,35 152.329,1*  12.825.215,92 10.919.950,9*  C. Rechnungsabgrenzungsposten 105.079,75 73.392,1*  D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		einschl. der Wohnbauten a. fremden Gründstücken	133.754,61	133.754,61
5. Einrichtungen und Ausstattungen       88.877,00 119.029,75       106.691,00 119.029,75       31.635.490,57       32.488.589,87       31.635.490,57       32.488.589,87       31.635.490,57       32.488.589,87       31.635.490,57       32.483.744,81       31.635.490,57       32.483.744,81       31.635.490,57       32.483.744,81       31.635.490,57       32.483.744,81       31.635.490,57       32.483.744,81       31.635.490,57       32.483.744,81       31.635.490,57       32.483.744,81       31.635.490,57       52.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183.462,75       62.183		<ol> <li>Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten</li> </ol>	51.700,10	51.700,10
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau  119.029.75 31.635.490,57 32.458.589,83 31.635.490,57 32.458.589,83 31.635.490,57 32.463.744,83  III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen  52.183.462,75 10.271.772,01 11.561.650,37		4. Technische Anlagen und Maschinen	- I	205.837,00
III. Finanzanlagen		5. Einrichtungen und Ausstattungen	88.877,00	106.691,00
31.635.490,57   32.463.744,85   31.635.490,57   32.463.744,85   31.635.490,57   32.463.744,85   31.635.490,57   32.463.744,85   32.463.745   32.463.745   32.462.75   32.463.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.462.75   32.463.75   32.462.75   32.46		Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	119.029,75	0
III. Finanzanlagen			31.635.490,57	32.458.589,83
Anteile an verbundenen Unternehmen  52.183.462,75 52.183.			31.635.490,57	32.463.744,83
Anteile an verbundenen Unternehmen  52.183.462,75 52.183.		III. Finanzanlagen		
B. Umlaufvermögen I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 3.175,03; Vorjahr: T€ 0) 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 7.569.002,87; Vorjahr: T€ 6.835) (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724) 3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)  11.688.218,57 10.767.621,83  II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten  1.136.997,35 152.329,14 12.825.215,92 10.919.950,93  C. Rechnungsabgrenzungsposten  105.079,75 73.392,13  D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			52.183.462,75	52.183.462,75
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände       81.485,24       84.130,03         1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 3.175,03; Vorjahr: T€ 0)       81.485,24       84.130,03         2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 7.569.002,87; Vorjahr: T€ 6.835) (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724)       11.561.650,37       10.271.772,03         3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)       45.082,96       411.719,73         II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       1.136.997,35       152.329,14         12.825.215,92       10.919.950,93         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,13         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,73			52.183.462,75	52.183.462,75
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände       81.485,24       84.130,03         1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 3.175,03; Vorjahr: T€ 0)       81.485,24       84.130,03         2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 7.569.002,87; Vorjahr: T€ 6.835) (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724)       11.561.650,37       10.271.772,03         3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)       45.082,96       411.719,73         II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       1.136.997,35       152.329,14         12.825.215,92       10.919.950,93         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,13         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,73	B	Umlaufvermögen		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 3.175,03; Vorjahr: T€ 0) 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 7.569.002,87; Vorjahr: T€ 6.835) (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724) 3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)  11.688.218,57 10.767.621,83  II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten 1.136.997,35 152.329,14 12.825.215,92 10.919.950,93  C. Rechnungsabgrenzungsposten 105.079,75 73.392,13  D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung 41.645,15 52.418,73	ъ.		1	
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 3.175,03; Vorjahr: T€ 0)  2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 7.569.002,87; Vorjahr: T€ 6.835) (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724)  3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)  11.688.218,57  10.767.621,83  II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten  1.136.997,35  152.329,14  12.825.215,92  10.919.950,93  C. Rechnungsabgrenzungsposten  105.079,75  73.392,11  D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung  41.645,15  52.418,75			04 405 04	04 120 02
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 7.569.002,87; Vorjahr: T€ 6.835) (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724)       11.561.650,37 10.271.772,01 11.56			01.400,24	04.130,03
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 7.569.002,87;       Vorjahr: T€ 6.835)         (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724)       11.561.650,37       10.271.772,07         3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)       45.082,96       411.719,73         II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       1.136.997,35       152.329,14         12.825.215,92       10.919.950,97         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,17         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,77				
Vorjahr: T€ 6.835)       (davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724)       11.561.650,37       10.271.772,03         3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)       45.082,96       411.719,73         II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       1.136.997,35       152.329,14         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,13         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,73				
(davon aus Lieferungen und Leistungen € 192.647,50; Vorjahr: T€ 724)       11.561.650,37       10.271.772,07         3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)       45.082,96       411.719,73         II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       1.136.997,35       152.329,14         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,13         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,73		•		
3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr: T€ 0,00)  II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten  1.136.997,35 152.329,14 12.825.215,92 10.919.950,93  C. Rechnungsabgrenzungsposten  D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung  45.082,96 411.719,73 411.688.218,57 10.767.621,83 11.688.		·	11 561 650 27	10 271 772 07
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00;       11.688.218,57       10.767.621,83         II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       1.136.997,35       152.329,14         12.825.215,92       10.919.950,93         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,13         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,73				
Vorjahr: T€ 0,00)       11.688.218,57       10.767.621,83         II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       1.136.997,35       152.329,14         12.825.215,92       10.919.950,93         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,13         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,73			45.002,30	411.713,70
11.688.218,57   10.767.621,83   11.688.218,57   10.767.621,83   11.688.218,57   10.767.621,83   11.688.218,57   10.767.621,83   11.688.218,57   10.767.621,83   11.688.218,57   10.767.621,83   11.688.218,75   10.767.621,83   10.767.621,8				
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten       1.136.997,35       152.329,14         12.825.215,92       10.919.950,93         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,13         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,73		Voljani. Te 0,00)	11.688.218,57	10.767.621,83
12.825.215,92       10.919.950,93         C. Rechnungsabgrenzungsposten       105.079,75       73.392,13         D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung       41.645,15       52.418,73			0.20	
C. Rechnungsabgrenzungsposten 105.079,75 73.392,1  D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung 41.645,15 52.418,7		II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		152.329,14
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung 41.645,15 52.418,7			12.825.215,92	10.919.950,97
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung 41.645,15 52.418,7			طريه	
	C.	Rechnungsabgrenzungsposten	105.079,75	73.392,11
05 700 904 44	D.	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	41.645,15	52.418,71
	_		06 700 904 44	05 602 060 27

Passiva

		Passiva
	31.12.2019	31.12.2018
A men a succession	€	€
A. Eigenkapital  I. Gezeichnetes Kapital	2.000.000,00	2.000.000,00
	70.610.664,62	70.610.664,62
II. Kapitalrücklage		
III. Gewinnvortrag IV. Jahresüberschuss	3.550.167,95 224.000,16	3.484.125,83 66.042,12
iv. Jamesuberschuss	76.384.832,73	76.160.832,57
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
Sonderposten aus Fördermitteln nach KHG	3.338.285,00	3.615.555,00
Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.174.355,00	1.218.760,00
	4.512.640,00	4.834.315,00
C. Rückstellungen		
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.986.352,72	4.820.635,84
2. Sonstige Rückstellungen	8.978.519,17	8.260.443,98
	14.964.871,89	13.081.079,82
D. Verbindlichkeiten  1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	62.874,89
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0; Vorjahr: T€ 6)	4_ 44	
2. Erhaltene Anzahlungen	574,64	574,64
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 574,64; Vorjahr: T€ 1)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 46.962,14; Vorjahr: T€ 71)	46.962,14	71.204,84
<ol> <li>Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz</li> </ol>		
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 47.030,47; Vorjahr: T€ 39)	58.501,01	47.030,47
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 112.820,22; Vorjahr: T€ 670)		
(davon aus Lieferungen und Leistungen € 60.320,22; Vorjahr: T€ 207)	440,000,00	000 <b>7</b> 05 50
(davon aus Finanzierungstätigkeit: € 52.500; Vorjahr T€ 462)	112.820,22	669.735,52
6. Sonstige Verbindlichkeiten		
(davon aus Steuern € 48.918,03; Vorjahr: T€ 41)	05 545 60	126.380,08
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 95.545,69; Vorjahr: T€ 126)	95.545,69 314.403,70	977.800,44
	314.403,70	977.000,44
E. Rechnungsabgrenzungsposten	614.145,82	638.941,54
- reciningsandicurningshosten	V 17, 170,02	000.041,04
	96.790.894,14	95.692.969,37

## Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2019

		2019	2018
		€	€
1.	Umsatzerlöse	7.118.126,91	6.614.215,11
2.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 8	1.870.763,31	1.773.987,14
2.	Sonstige betriebliche Erträge	126.229,60	121.290,71
ا	Materialaufwand	9.115.119,82	8.509.492,96
ائ.	a) Aufwendungen für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	255.175,50	268.350,36
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	257.582,32	243.170,61
	b) / Minorial ingolf for bozogono Edistangon	512.757,82	511.520,97
4.	Personalaufwand	012.707,02	011.020,07
	a) Löhne und Gehälter	3.830.607,32	3.762.495,75
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.000.131,50	1.678.519,08
	und für Unterstützung		
	(davon für Altersversorgung € 1.350.839,67; Vorjahr T€ 1.013)	5,000,700,00	5 444 044 00
		5.830.738,82	5.441.014,83
Zw	schenergebnis	2.771.623,18	2.556.957,16
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	949.508,43	950.407,76
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.217.665,30	1.216.925,16
7.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindl. n. d. KHG u. auf Grund sonst. Zuwend. z. Finanz d. Sachanlagevermögens	44.775,00	44.295,00
8.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (davon Fördermittel nach dem KHG € 44.275,00; Vorjahr: T€ 44)	44.275,00	44.275,00
9.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	354.979,46	310.565,41
Zw	schenergebnis	958.928,91	700.169,65
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 13.520,16; Vorjahr: T€ 7) (davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 8.051,69; Vorjahr: T€ 7)	22.515,08	14.759,55
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon aus verbundenen Unternehmen € 1.453,41; Vorjahr: T€ 3) (davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 746.567,28; Vorjahr: T€ 636)	753.685,97	645.129,22
12.	Ergebnis vor Steuern	227.758,02	69.799,98
13.	Steuern	3.757,86	3.757,86
14.	Jahresüberschuss	224.000,16	66.042,12

## Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

#### **ANHANG**

## FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

#### I. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Der Jahresabschluss des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt, wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz, der GuV und des Anlagennachweises erfolgten nach der Eigenbetriebsverordnung (EBV). Die Gliederung wurde um die Posten der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) für die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens ergänzt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB auf. Gemäß § 20 EBV ist der Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

#### II. ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich mit dem Vorjahr unverändert angewandt.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich Nebenkosten, vermindert um lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungssätze richten sich nach Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Anschaffungskosten bis Euro 250,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Für Geringwertige Wirtschaftsgüter von über Euro 250,00 bis Euro 1.000,00 wurde ein Sammelposten gebildet, der über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben wird.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer pro Anlagenklasse gliedert sich wie folgt:

Anlageposition	<u>Nutzungsdauer</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	0 – 50 Jahre
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	keine Abschreibung
Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	keine Abschreibung
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 48 Jahre
Einrichtungen und Ausstattungen	5 – 15 Jahre
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5 Jahre

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt und betreffen ausschließlich die Anteile an der Klinikum Ingolstadt GmbH.

Die <u>Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände</u> werden mit dem Nennwert angesetzt. Pauschal- oder Einzelwertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden.

Die Bankguthaben sind zu Nominalwerten bilanziert.

Die aktiven <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u> betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen. Diese werden mit dem Nennwert angesetzt. Die Auflösung des Postens erfolgt linear entsprechend dem Zeitablauf.

Der <u>aktive Unterschiedsbetrag</u> resultiert aus der Saldierung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB von Altersversorgungsverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB). Bei den Vermögensgegenständen handelt es sich um Wertpapiere.

Das Stammkapital und die Rücklagen werden zum Nennwert bilanziert.

Die <u>Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens</u> betreffen entsprechend den Vorgaben der KHBV die erhaltenen Fördermittel für Investitionen. Diese werden um die bereits angefallenen Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter vermindert.

Bei der <u>Bewertung der Pensionsrückstellungen</u> wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie jährliche Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt.

Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem von der deutschen Bundesbank im Monat Dezember 2019 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs 2 Satz 2 HGB).

Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 10 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2019 2,71 %, während er sich im Vorjahr auf 3,21 % belief. Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 7 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2019 1,97 % (Vj. 2,32 %).

Die <u>Beihilferückstellungen</u> wurden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens bewertet. Die Berechnung wurde unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre von 1,97 % (Vj. 2,32 %) und berücksichtigte außerdem eine Dynamik der Beihilfeleistungen von 2 %.

Die <u>Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen</u> werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten vorgenommen. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,97 % (Vj. 2,32 %) und berücksichtigte zudem das vorzeitige Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis unverändert gegenüber dem Vorjahr mit 4,4 %. Der Gehaltstrend wurde mit 2 % berücksichtigt. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die "Richttafeln 2018 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Die Altersteilzeitrückstellung wurde nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Zinssatz über die jeweils noch verbleibende Restlaufzeit der Rückstellung. Entsprechend der individuellen Restlaufzeit wurde ein Zinssatz von 0,63 % bei zwei Jahren Restlaufzeit und bis zu 0,84 % bei vier Jahren Restlaufzeit angewendet. Des Weiteren wurde bei der Bemessung der Rückstellung ein Gehaltssteigerungstrend von 2 % p.a. angenommen.

Die übrigen <u>sonstigen Rückstellungen</u> werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergibt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die <u>passiven Rechnungsabgrenzungsposten</u> werden mit dem Nennwert angesetzt und betreffen Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen. Die Auflösung erfolgt linear entsprechend der Laufzeit.

#### III. ANGABEN ZUR BILANZ

Die Entwicklung der in der Bilanz erfassten Anlagegegenstände ist im Anlagenspiegel (Anlage) dargestellt.

#### **Anteilsbesitz**

Name	Sitz	Beteiligungs- quote	Eigen- kapital	2019 Jahresergebnis
Klinikum Ingolstadt GmbH	Ingolstadt	100%	62.451.228,02	2.028.066,14

Die <u>Forderungen gegen verbundene Unternehmen</u> betreffen Forderungen aus der Weiterbelastung der anteiligen Rückstellungen für Pensionen von TEUR 379 (Vj. TEUR 292) und der Rückstellungen für Umlagezahlungen von TEUR 7.190 (Vj. TEUR 6.543) gegen die Klinikum Ingolstadt GmbH sowie die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH die sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 7.569 (Vj. TEUR 6.835) belaufen und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben. Ferner enthalten sind Forderungen aus Leistungsbeziehungen in Höhe von TEUR 193 (Vj. TEUR 724).

Unter der Position D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung wurden die Wertguthaben für Langzeitarbeitskonten in Höhe von TEUR 394 (ursprüngliche Anschaffungskosten in Höhe von TEUR 375) nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Rückstellungen in Höhe von TEUR 352 verrechnet. Die Bewertung der in Wertpapieren verbrieften Wertguthaben erfolgte zum Kurswert am Bilanzstichtag. Es wurden Erträge in Höhe von TEUR 11 mit Aufwendungen von TEUR 21 verrechnet. Der aktive Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 42 unterliegt grundsätzlich einer Ausschüttungssperre, die aufgrund ausreichender frei verfügbarer Rücklagen nicht zum Tragen kommt.

#### Pensionsrückstellungen

Für die Beamten mit Versorgungszusagen vor dem 1. Januar 1987 (Altzusagen) wurden in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB im Geschäftsjahr 2019 lediglich Zuführungen zu den Rückstellungsbeträgen des Vorjahres bis zu 47 % des Erfüllungsbetrages (Münchner Modell) gebucht.

Die Neuzusagen werden zum Erfüllungsbetrag passiviert. Für die aufgrund erstmaliger Anwendung der Bewertungsgrundsätze des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes notwendige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zum 01.10.2010 wurde das Wahlrecht in Art. 67 Abs. 1 EGHGB in Anspruch genommen. Der Zuführungsbetrag wird über 15 Jahre angesammelt. Die gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen betragen TEUR 105.

	durchschnittlicher Marktzins			
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre	
	TEUR	TEUR	TEUR	
Pensionsrückstellungen	5.986	1.280	7.266	
davon				
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	1.634	461	2.095	
nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	1.743	-89	1.654	
Erfüllungsbetrag	3.377	372	3.749	
davon				
Neuzusagen passivierter Wert	4.352	819	5.171	
noch nicht bilanzierter Wert Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB	105	0	105	
Erfüllungsbetrag	4.457	819	5.276	

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 1.280.

Für diesen Unterschiedsbetrag (TEUR 1.280) und den gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Zuführungsbetrag (TEUR 105) besteht grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen:

Rückstellung für Beihilfe-Aufwendungen 1.080 TEUR Rückstellung für Umlagezahlungen 7.190 TEUR

Die <u>Rückstellung für Umlagezahlungen</u> beinhaltet die Verpflichtung gegenüber der Versorgungskasse, die für die Beamtenversorgung ab dem Pensionsbeginn geleistet werden muss. Für die Beamten, die für die Klinikum Ingolstadt GmbH und die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH tätig sind, wird diese Umlage als Forderung gegen verbundene Unternehmen, gegen die Klinikum Ingolstadt GmbH in Höhe von TEUR 6.659 und gegen die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH in Höhe von TEUR 531 ausgewiesen.

	durchschnittlicher Marktzins			
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre	
	TEUR	TEUR	TEUR	
Umlagerückstellungen				
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	7.190	775	7.965	
nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	8.108	874	8.982	
Erfüllungsbetrag	15.298	1.649	16.947	
davon frühere Organmitglieder	2.044	186	2.230	

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Umlagezahlungen an die Versorgungskasse mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 775. Für diesen Unterschiedsbetrag gilt grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Die <u>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen</u> betreffen in Höhe von TEUR 53 die Darlehensgewährung der Klinikum Ingolstadt GmbH und TEUR 60 Leistungsverbindlichkeiten.

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Angaben im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten in einem Verbindlichkeitenspiegel zusammengefasst dargestellt.

			Restlaufzeit		
			kleiner 1 Jahr	größer 1 Jahr	davon größer 5 Jahre
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00
	(Vj.	62.874,89	6.175,00	56.699,89	29.545,26)
2.	Erhaltene Anzahlungen	574,64	574,64		
	(Vj.	574,64	574,64)		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vj.	46.962,14 71.204,84	'		
4.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (Vj.	58.501,01 47.030,47	58.501,01 47.030,47)		
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vj.	112.820,22 669.735,52	112.820,22 669.735,52)		
6.	Sonstige Verbindlichkeiten (Vj.	95.545,69 126.380,08	95.545,69 126.380,08)		
		314.403,70	314.403,70	0,00	0,00

## IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die <u>Umsatzerlöse</u> von TEUR 8.989 gliedern sich in folgende Bereiche:

Erträge aus der Schulfinanzierung von der Klinikum Ingolstadt GmbH TEUR 3.629; Öffentliche Zuweisungen für Lehrpersonal und Gastschulbeiträge TEUR 1.871; Personalkostenerstattungen und Dienstleistungen an die Tochterfirmen TEUR 1.614 Mieterträge und sonstige Umsatzerlöse TEUR 1.875;

Sie enthalten periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 251 (Vorjahr TEUR 64), davon für die Nachzahlung der Lehrpersonalzuschüsse 2018 TEUR 143 und eine Nachzahlung aus dem Verkauf des Altstadtzentrums von TEUR 108.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen mit TEUR 80 (Vorjahr TEUR 67) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der <u>Personalaufwand</u> betrifft mit TEUR 440 (Vorjahr TEUR 137) die Dotierung der Pensionsrückstellungen.

Die <u>betrieblichen Aufwendungen</u> betreffen mit TEUR 193 (Vorjahr TEUR 119) die Aufklärung von Unregelmäßigkeiten sowie mit TEUR 15 (Vorjahr TEUR 30) Aufstockungsleistungen bei Altersteilzeit. Ein Betrag von TEUR 5 (Vorjahr TEUR 21) betrifft periodenfremde Aufwendungen.

Für Aufwendungen aus der Anwendung der Art. 66 und 67 Abs. 1 bis 5 EGHGB hinsichtlich der Dotierung der Pensionsrückstellungen sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wie im Vorjahr TEUR 18 gebucht.

In den <u>sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen</u> sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 8 (Vorjahr TEUR 7) enthalten sowie Zinsen von verbundenen Unternehmen von TEUR 14 (Vorjahr TEUR 7).

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung in Höhe von TEUR 747 (Vorjahr TEUR 636) enthalten.

Der Zinsaufwand an verbundene Unternehmen beträgt TEUR 1 (Vorjahr TEUR 3).

#### V. SONSTIGE ANGABEN

## Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Miet-, Wartungs- und Leasingverträgen, die nicht in der Bilanz enthalten sind, beträgt TEUR 74.

Diese gliedern sich wie folgt:

bis 1 Jahr
 2 bis 5 Jahre
 TEUR 59
 TEUR 15

## Haftungsverhältnisse

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (ZVK Bayern). Diese mittelbaren Versorgungszusagen werden in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EG-HGB nicht passiviert. Die ZVK Bayern ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zweck dieser Anstalt ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird durch Beiträge finanziert. Mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft aus der Subsidiärhaftung des Arbeitgebers ist nicht ernsthaft zu rechnen, da bereits Vermögen in erheblichem Umfang aufgebaut wurde und die ZVK Bayern eine stabile Anzahl von Beteiligten aufweist.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt ist Mitglied im Abrechnungsverband I der ZVK Bayern. Der Beitrag setzte sich somit aus zwei Komponenten zusammen, einer Umlage in Höhe von 3,75 % sowie eines Zusatzbeitrags in Höhe von 4,00 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Mit dem Zusatzbeitrag wird der Umstieg der ZVK Bayern von einem umlagefinanzierten auf ein kapitalgedecktes System finanziert. Der Zusatzbeitrag wurde erstmals 2003 in Höhe von 2,00 % erhoben und stieg bis zum Jahr 2007 auf 4,00 % an, wo er seitdem verblieb. Im Jahr 2013 erfolgt eine Absenkung des Umlagesatzes im Abrechnungsverband I der ZVK Bayern von 4,75 % auf 3,75 %. Die ZVK Bayern verfügt über die Option, den Umlagesatz in den kommenden Jahren darüber hinaus stufenweise abzusenken.

Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter TEUR 2.540 (Vj. TEUR 2.447).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Bayerischen Versorgungsverband eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Verbindlichkeiten übernommen, die sich aus der freiwilligen Mitgliedschaft der Klinikum Ingolstadt GmbH ergeben.

Die Klinikum Ingolstadt GmbH hat von der Bayerischen Landesstiftung München einen Zuschuss von TEUR 150 für die Errichtung eines stationären Hospizes erhalten. Zur Absicherung für die Dauer der Zweckbindung hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hierzu eine Bürgschaft in gleicher Höhe übernommen. Der Zuschuss ist per 31. Dezember 2019 mit TEUR 88 (Vj. TEUR 92) valutiert (Zweckbindung 25 Jahre bis 2034).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat für die Wertguthaben der Altersteilzeitarbeitnehmer der Klinikum Ingolstadt GmbH, sowie sämtlicher 100 % - Tochtergesellschaften der Klinikum Ingolstadt GmbH, eine Ausfallbürgschaft bis zu einem Höchstbetrag von EUR 1,1 Mio. übernommen.

Zur Besicherung von Darlehen der Klinikum Ingolstadt GmbH wurde eine Buchgrundschuld in Höhe von TEUR 18.500 eingetragen, über eine Zweckbindungserklärung sind Darlehen von der Müllverwertungsanlage die Ende 2019 mit TEUR 6.300 (Vj. TEUR 6.650) valutieren, damit besichert.

Für die Errichtung von 21 Pflegeplätzen im früheren Pflegeheim wurden Fördermittel von der Regierung von Oberbayern gewährt, die über die Bayerische Landesbodenkreditanstalt ausbezahlt wurden. Diese Fördermittel wurden auf das neue Pflegeheim am Klinikum übertragen. Als Sicherheit wurde zugunsten der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt eine Grundschuld von EUR 322.140 auf das Erbbaurecht der Heilig-Geist-Spital-Stiftung bestellt. Bis zur Eintragung dieser Grundschuld wurde zusätzlich eine Bürgschaft von der Sparkasse Ingolstadt an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt in Höhe von EUR 236.236,00 gewährt.

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der genannten Bürgschaften und Grundschulden schätzen wir auf Grund der gegenwärtigen Bonität und des Zahlungsverhaltens der Begünstigten in der Vergangenheit als sehr gering ein; Anhaltspunkte für eine andere Beurteilung liegen uns derzeit nicht vor.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Freistaat Bayern eine Bürgschaft für Förderleistungen, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt wurden, in Höhe von EUR 70.818.230, -- übernommen. Diese Bürgschaft ist derzeit mit EUR 5,1 Mio. (Vj. TEUR 5,7 Mio.) valutiert.

Bezüglich der Fördermittel für die Generalsanierung, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt werden, hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt für den Bauabschnitt 1 in 2015 eine weitere Bürgschaft in Höhe von EUR 66.990.000,-- gegenüber dem Freistaat Bayern übernommen. Davon wurden bisher Fördermittel in Höhe von EUR 38.330.000,-- ausbezahlt. Für den Bauabschnitt 2 wurde in 2017 eine Bürgschaft von EUR 35.532.400,-- übernommen, die ausbezahlten Fördermittel betragen zum 31.12.2019 EUR 3.630.000,--..

Mit Kauf der Reiser-Klinik wurden die von der Regierung von Oberbayern gewährten Fördermittel übernommen. Zur Absicherung besteht eine Grundschuld zugunsten des Freistaates Bayern in Höhe von EUR 6.646.794,45. Der Restbuchwert dieser Fördermaßnahme beträgt zum Bilanzstichtag EUR 2.859.138 (Vj. EUR 3.037.835).

Da diese Fördermittel zweckentsprechend verwendet werden, ist eine Inanspruchnahme dieser Bürgschaften und Grundschuld nicht wahrscheinlich.

## Honorar der Abschlussprüfung

Das für das Geschäftsjahr 2019 von der Prüfungsgesellschaft berechnete Gesamthonorar in Höhe von TEUR 7,7 (Brutto) betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

## Belegschaft

Im Jahresdurchschnitt 2019 wurden 64 Personen (Vorjahr 67 Personen) beschäftigt:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>
Verwaltungsdienst Personal der Ausbildungsstätten	9 <u>55</u> 64	9 <u>58</u> 67
davon Teilzeitbeschäftigte	43	45

## Organe der Gesellschaft

## Zweckverbandsversammlung

Sie besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, dem Bezirkstagspräsidenten des Bezirks Oberbayern und 28 weiteren Verbandsräten.

## Zweckverbandsausschuss

Ausschussvorsitzender:

Dr. Christian Lösel Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt (bis 30.04.20)
Dr. Christian Scharpf Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt (ab 01.05.20)

stelly. Vorsitzender:

Josef Mederer Bezirkstagspräsident Albert Wittmann Stadtrat, Pensionär

Dr. Anton Böhm Stadtrat, Arzt (bis 06.05.20)
Georg Niedermeier Stadtrat, Lehrer (bis 06.05.20)

Dorothea Soffner Stadträtin, Dipl. Kauffrau (bis 06.05.20)

Dr. Gerd Werding Stadtrat, Arzt (bis 06.05.20)

Petra Volkwein Stadträtin

Patricia Klein Stadträtin, Dipl. Rechtspflegerin Hans Süßbauer Stadtrat, Kriminalbeamter a.D.

Dr. Manfred Schuhmann Stadtrat, Oberstudienrat (ab 07.05.20)

Dr. Christoph Spaeth Stadtrat, Arzt (ab 07.05.20)

Hans Stachel Stadtrat, Unternehmer (ab 07.05.20)
Raimund Köstler Stadtrat, Informatiker (ab 07.05.20)
Ludwig Bayer Bezirksrat, Landwirtschaftsmeister

Joachim Siebler Bezirksrat, Berufsschullehrer

Den Mitgliedern des Zweckverbandsausschusses und der Zweckverbandsversammlung wurden Vergütungen in Höhe von TEUR 11,3 bezahlt.

## Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung lag im Geschäftsjahr 2019 bei:

Monika Röther, Geschäftsleiterin

Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt unter Inanspruchnahme von § 286 Abs. 4 HGB,

## Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsleitung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2019 von EUR 224.000,16 zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von EUR 3.550.167,95 auf neue Rechnung vorzutragen.

#### Konzernverbund

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt erstellt als Muttergesellschaft einen Konzernabschluss. Dieser wird im Bundesanzeiger offengelegt.

## Nachtragsbericht

Die Geschäftsleitung nimmt Bezug auf die aktuelle Situation des sich seit Januar 2020 in Deutschland immer weiter verbreitenden Coronavirus. Im Klinikum Ingolstadt GmbH wurden seit Mitte März alle elektiven Patientenbehandlungen auf spätere Zeitpunkte verschoben um zum einen Kapazitäten für die akute Grundversorgung und zum anderen für die von der Pandemie betroffenen Patienten vorhalten zu können. Die Geschäftsleitung führt aus, dass hierdurch zahlungswirksame Verluste entstehen, die sich erheblich belastend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Klinikum Ingolstadt GmbH und damit auch auf den Krankenhauszweckverband auswirken können. Die Geschäftsleitung geht jedoch für die Klinikum Ingolstadt GmbH und deren Tochtergesellschaften davon aus, dass die durch den Gesetzgeber bereits getroffenen Maßnahmen in Form des "COVID19-Krankenhausentlastungsgesetz" die wirtschaftlichen Folgen für Krankenhäuser teilweise auffangen werden.

Durch die Corona-Pandemie sind aber die bisherigen Planungen insgesamt nicht mehr einzuhalten. Eine verlässliche Ergebnisprognose ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Die Simulation verschiedener Szenarien zeigt aber, dass es aus heutiger Sicht auch in pessimistischen Szenarien gelingt, die Liquidität der Gesellschaft zu sichern. Grundlegende Annahme der Szenarien ist eine schrittweise Wiederaufnahme der generalistischen Pflegeausbildung ab dem 1. Oktober 2020, was nach heutigem Kenntnisstand wahrscheinlich ist. Auf Basis der aktualisierten Planung gehen wir davon aus, dass die verfügbare Liquidität ausreicht die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit aufrecht zu erhalten.

Ingolstadt, 29. Mai 2020

Krankenhauszweckverband Ingolstadt Geschäftsleitung Monika Röther Anlagenspiegel

Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

## Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

## Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

		Anschaffungs- und Herstellungskosten				
		01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchung	31.12.2019
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen gewerbliche Schutzrechte und ähnliche	€	€	€	€	€
	Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	91.450,58	0,00	5.052,01	0,00	86.398,57
		91.450,58	0,00	5.052,01	0,00	86.398,57
II.	Sachanlagen 1. Grundstücke und grundstücksgl. Rechte m.			1.0		
	Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken  2. Grundstücke und grundstücksgl. Rechte mit Wohnbauten einschl. der Wohnbauten auf	45.026.917,70	10.864,20	104.119,77	0,00	44.933.662,13
	fremden Grundstücken 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	133.754,61	0,00	0,00	0,00	133.754,61
	ohne Bauten	51.700,10	0.00	0.00	0.00	51,700,10
	4. Technische Anlagen und Maschinen	1.313.164,84	0,00	0.00	0,00	1.313.164,84
	5. Einrichtungen und Ausstattungen	1.741.500,94	34.327,22	328.715.62	0.00	1.447.112,54
	6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	119.029,75	0,00	0,00	119.029,75
		48.267.038,19	164.221,17	432.835,39	0,00	47.998.423,97
III.	Finanzanlagen					
	Anteile an verbundenen Unternehmen	52.183.462,75	0,00	0,00	0,00	52.183.462,75
		52.183.462,75	0,00	0,00	0,00	52.183.462,75
_		100.541.951,52	164.221,17	437.887,40	0,00	100.268.285,29

	Restbu	Restbuchwerte				
01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchung	31.12.2019	31.12.19	31.12.2018
€	€	€	€	€	€	€
86.295,58	5.155,00	5.052.01	0.00	86.398,57	0,00	5.155,00
86.295,58	5.155,00	5.052,01	0,00	86.398,57	0,00	5.155,00
13.066.310,58	864.862,21	71.911,77	0,00	13.859.261,02	31.074.401,11	31.960.607,12
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	133.754,61	133.754,61
0,00	0,00	0.00	0,00	0,00	51.700,10	51.700,10
1.107.327,84	38.109,00	0,00	0,00	1.145.436,84	167.728,00	205.837,00
1.634.809,94	41.382,22	317.956,62	0,00	1.358.235,54	88.877,00	106.691,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	119.029,75	0,00
15.808.448,36	944.353,43	389.868,39	0,00	16.362.933,40	31.635.490,57	32.458.589,83
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	52.183.462,75	52.183.462,75
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	52.183.462,75	52.183.462,75
15.894.743,94	949.508,43	394.920,40	0,00	16.449.331,97	83.818.953,32	84.647.207,58

## BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

## Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EBV) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in

Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher beabsichtigter oder unbeabsichtigter falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbandes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverbandes die Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen

Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 29. Mai 2020

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Anita Botzenhardt Wirtschaftsprüfer

ppa. Alexander Ecker Wirtschaftsprüfer

PRÜFUNGS-

GESELLSCHAFT

eginederlassung Müncher



# Testatsexemplar

Krankenhauszweckverband Ingolstadt Ingolstadt

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019 und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2019

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS



Inhaltsverzeichnis	Seite
Konzernlagebericht	1
Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019	1
1. Bilanz zum 31.12.2019	2
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom     O1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019	5
3. Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2019	7
Anlagennachweis zum 31.12.2019	17
4. Konzern-Kapitalflussrechnung	21
5. Konzerneigenkapitalspiegel	23
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	1

# Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Zweckverband der Stadt Ingolstadt und des Bezirks Oberbayern

# Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

#### Konzernstruktur

Das Mutterunternehmen Krankenhauszweckverband Ingolstadt, gegründet im November 1981, stellt für die Verbandsmitglieder Stadt Ingolstadt und den Bezirk Oberbayern die stationäre und ambulante Krankenversorgung für die Region Ingolstadt sicher. Zum 01. Januar 2005 wurde der Klinikbetrieb, die Entwöhnungseinrichtung und die Seniorenwohnanlage "Betreutes Wohnen" mit den Bauten auf die neu gegründete Klinikum Ingolstadt GmbH ausgegliedert. Der ebenfalls in die Klinikum Ingolstadt GmbH ausgegliederte Betrieb eines Pflegeheims wurde zum 01.01.2007 auf deren neu gegründete Tochtergesellschaft, die Alten- und Pflegeheim GmbH, übertragen. Der Grundbesitz verblieb beim Krankenhauszweckverband und wird seither unentgeltlich überlassen. Dies gilt auch für die im Jahr 2010 erworbene Reiser-Klinik im Süden Ingolstadts, die die Klinikum Ingolstadt GmbH nutzt.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt betreibt das Berufsbildungszentrum (BBZ) mit sieben staatlich genehmigten und anerkannten Berufsfachschulen mit insgesamt 563 Ausbildungsplätzen. Weitere 39 Plätze stehen für die Ausbildung zum operationstechnischen Assistenten zur Verfügung.

Der Krankenhauszweckverband vermietet das auf dem Gelände des Klinikums in 2005 errichtete Reha- und Geriatriegebäude mit 68 Betten an das Geriatrie-Zentrum-Neuburg und an das Reha-Zentrum-Ingolstadt.

Das Pflegeheim Anna-Ponschab Haus wurde vom Krankenhauszweckverband und von der Heilig-Geist-Spital-Stiftung in 2013 errichtet. 80 Plätze stehen im Teileigentum der Heilig-Geist-Spital Stiftung für das der Krankenhauszweckverband ein Erbbaurecht gewährte. 100 Plätze stehen im Teileigentum des Krankenhauszweckverbandes. Davon sind 20 Plätze an die Klinikum Ingolstadt GmbH und 80 Plätze an die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt vermietet.

Die Tochtergesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt das Klinikum als Krankenhaus der II. Versorgungsstufe mit integrierter psychiatrischer Klinik. Die Bettenkapazität liegt Ende 2019 bei 1.073 Planbetten für vollstationäre Patienten und bei 93 Plätzen für die teilstationäre Behandlung. Dabei ist die Umwidmung von 39 Betten in Plätze im Tagesklinischen Zentrum in der Münchener Straße enthalten. Ferner betreibt die Klinikum Ingolstadt GmbH eine Einrichtung für betreutes Wohnen in der Beckerstraße. Der Betrieb der Entwöhnungseinrichtung im Anna-Ponschab Haus wurde zum 30. April 2020 eingestellt.

Die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt in vom Krankenhauszweckverband Ingolstadt angemieteten Räumen psychiatrische Langzeitpflege sowie Wiedereingliederung. In der Langzeitpflege werden 40 Plätze, davon 20 im beschützenden und 20 im offenen Bereich vorgehalten. Die Psychiatrische Eingliederungshilfe für seelisch kranke Erwachsene nach § SGB XII verfügt ebenfalls über 40 Plätze, davon 22 in Form einer beschützenden, geschlossenen Unterbringung und 18 Plätze mit offener Unterbringung.

Die 2006 von der Klinikum Ingolstadt GmbH gegründete Tochtergesellschaft Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH betreibt ein MVZ im Sinne § 95 SGB V zur Erbringung vertragsärztlicher und privatärztlicher Leistungen unter ärztlicher Anleitung.

Es werden KV-Sitze mit folgenden Fachrichtungen betrieben:

- Chirurgische Praxis
- Gynäkologische Praxis
- Praxis für Neurochirurgie
- Praxis für Neurologie
- Praxis für Orthopädie
- Praxen für Anästhesie

Aufgabe der MVZ GmbH ist neben der Teilnahme an der allgemeinen ambulanten Versorgung die ambulante, prä- und poststationäre Behandlung der Patienten der Klinikum Ingolstadt sicherzustellen. Die fachübergreifende Behandlung und die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Fachärzte im MVZ gewährleistet eine optimale Patientenversorgung, insbesondere an der Schnittstelle ambulante / stationäre Versorgung. Die anästhesiologische Praxis erbringt sowohl Leistungen für das ambulante Operationszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH als auch für externe niedergelassene Ärzte und Praxen. Seit April 2013 werden auch betriebsmedizinische Leistungen für das Klinikum und verbundene Unternehmen erbracht.

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wie das Statistische Bundesamt in seinem Bericht vom 20. Februar 2020 mitteilt, war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2019 um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Das Wachstum hat sich jedoch deutlich verlangsamt gegenüber dem Vorjahr, in 2018 betrug es noch 1,5 %. Gestützt wurde das Wachstum im Jahr 2019 vor allem vom Konsum: Die privaten Konsumausgaben waren preisbedingt um 1,6 % höher als im Vorjahr, die Konsumausgaben des Staates stiegen um 2,5 %. Die Dienstleistungsbereiche und das Baugewerbe verzeichneten überwiegend kräftige Zuwächse. Die Wirtschaftsleistung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) ist hingegen eingebrochen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist in 2019 um 0,9 % gestiegen. Dieser Anstieg beruht vor allem auf einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Arbeitnehmerentgelte sind wie im Vorjahr um 4,5 % gestiegen.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2019 mit einem Überschuss von 49,8 Mrd. €. Der Bund hatte mit 19,2 Mrd. € den größten Anteil am Überschuss, gefolgt von den Ländern mit 13,3 Mrd. €, den Sozialversicherungen mit 10,7 Mrd. € und den Gemeinden mit 6,6 Mrd. €.

Der Veränderungswert nach § 9 Abs. 1b Satz 1 KHEntgG für das Jahr 2019, der maßgeblich für die Budgetsteigerung und als Orientierungsgröße für das Ausbildungsbudget diente, lag bei 2,65 % (Vorjahr 2,97 %).

Insgesamt stiegen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen in 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 Prozent auf 251,9 Mrd. €. Die Einnahmen sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei niedrigeren Zusatzbeiträgen um 3,8 Prozent auf 250,4 Mrd. gestiegen. Die Zahl der GKV-Versicherten nahm um knapp 0,4 Prozent zu. Bei der steigenden Veränderungsrate der Ausgaben spiegeln sich auch Mehrausgaben aus dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und dem Terminservice- und Versorgungsgesetz wider, die im Jahr 2019 in Kraft getreten sind.

Im Jahr 2019 lag der durchschnittlich von den Krankenkassen erhobene Zusatzbeitragssatz bei 1,0 Prozent und damit um 0,1 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2018. Auch nach dem Jahreswechsel 2019/2020 liegt der erhobene Zusatzbeitragssatz weiterhin stabil bei 1,0 Prozent, während das BMG den zur Deckung der laufenden Ausgaben erforderlichen durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz auf 1,1 Prozent festgelegt hatte. Somit blieb für 95 Prozent der GKV-Mitglieder der bislang von ihrer Krankenkasse erhobene Zusatzbeitragssatz unverändert. Lediglich einige wenige Krankenkassen haben ihren Zusatzbeitragssatz angehoben oder gesenkt.

Der Gesundheitsfonds erzielte im Jahr 2019 einen Überschuss von rund 550 Mio. €. Damit verfügte der Fonds zum Stichtag 15. Januar 2020 über eine Liquiditätsreserve von rund 10,2 Mrd. €.

Über die günstige Entwicklung der Beitragseinnahmen konnte der Gesundheitsfonds auch im vergangenen Jahr von der positiven Lohn- und Beschäftigungsentwicklung profitieren. Die der Beitragsbemessung zugrundeliegenden beitragspflichtigen Einnahmen stiegen im Jahr 2019 um 4,2. Die Zuwächse bei den Beitragseinnahmen fielen mit einem Anstieg von 3,6 Prozent geringer aus, da der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz im Vergleich zum Jahr 2018 niedriger war.

Die Ausgaben für Krankenhausbehandlung sind im Jahr 2019 um 3,9 Prozent und damit deutlich stärker gestiegen als in den beiden vorangegangenen Jahren. Die Krankenhäuser erhielten damit allein von den gesetzlichen Krankenkassen ca. 3 Mrd. o mehr als in 2018. Neben den Erhöhungen der Landesbasisfallwerte von gut 2,6 Prozent haben sich hier auch Verbesserungen aus dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz ausgewirkt.

Der Fachkräftemangel bzw. Stellenbesetzungsprobleme sind weiterhin ein zentrales Thema der Gesundheitswirtschaft.

Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) hat die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag verankerte Pflegesofortprogramm im November 2018 gesetzlich verankert. Ziel ist es, die Personal-ausstattung und Arbeitsbedingungen in der Pflege in den Krankenhäusern durch ein Bündel an Maßnahmen zu verbessern. So wurde für das Jahr 2019 das Pflegestellenförderprogramm mit einer attraktiveren Vergütung für die Krankenhäuser fortgeschrieben und die vollständige Ausbildungsfinanzierung im ersten Lehrjahr beschlossen. Ebenfalls wurde die Grundlage für die Ausgliederung der Pflegepersonalkosten aus dem DRG-System ab 2020 geschaffen und somit die vollständige Refinanzierung der Pflege am Bett manifestiert. Ausnahme stellen hierbei die Leiharbeitskräfte dar, welche lediglich in Höhe der normalen tariflichen Kosten refinanziert werden.

Gleichzeitig greifen die Pflegepersonaluntergrenzen in pflegesensitiven Bereichen ab 2019 und werden darüber hinaus bei Nichterfüllung ab April 2019 sanktioniert. Jährlich werden nun die pflegesensitiven Krankenhausbereiche ausgeweitet. Ferner hinzukommen wird der ab Mai 2020 für jedes Krankenhaus vom InEK veröffentlichte Pflegepersonalquotient, welcher im Vergleich zu anderen Häuser angibt, wo das jeweilige Haus mit seiner Pflegepersonaldecke steht. Zum einen wird diese Kennzahl für Patienten als auch für (potenziellen) Mitarbeiter von hohem Interesse bei der Auswahl eines Krankenhauses sein und zum anderen werden auch hier Untergrenzen vom Bundesministerium für Gesundheit vorgegeben, bei welchen ebenfalls Sanktionen drohen.

Krankenhäuser stehen nun vor der Herausforderung alle Pflegepersonalvorgaben zu erfüllen. Aufgrund des Fachkräftemangels muss dabei auch auf Leiharbeitskräfte zurückgegriffen werden. Durch drohende Sanktionen und die nicht vollständige Refinanzierung von Leiharbeitskräften, ist in der Praxis davon auszugehen, dass nicht alle Pflegepersonalkosten refinanziert werden können. Und dabei ist die Diskussion mit den Krankenkassen, was überhaupt Pflege am Bett ist, noch außen vorgelassen. Vor dem Hintergrund des Pflegepersonalquotienten ist es allerdings ausschlaggebend für die Personalakquirierung und -bindung als auch für die Patientengewinnung im Vergleich zu umliegenden Häusern gut abzuschneiden. Somit ist nun die Pflege für viele Gesichtspunkte von zentraler Bedeutung und somit deutlich wertgeschätzt, andererseits wird der bürokratische Aufwand erhöht und Flexibilität eingebüßt.

#### Geschäftsverlauf im Konzern

Wesentliche Leistungsdaten	IST 2019	IST 2018
Vollstationäre Patienten	37.237	36.009
Case-Mix-Index	1,091	1,109
Case-Mix-Punkte	38.078	37.599
Teilstationäre Patienten	2.135	2.064
Patienten in der MVZ GmbH	27.634	25.998
Berechnungstage im Alten- und Pflegeheim	28.983	29.076
Auszubildende im Berufsbildungszentrum	517	506
Auslastung in der Klinikum Ingolstadt GmbH, vollstationär in %	80,60	78,60
Auslastung in der Klinikum Ingolstadt GmbH, teilstationär in %	76,60	64,40
Auslastung im Alten- und Pflegeheim in %	99,25	99,58
Auslastung in der Entwöhnungseinrichtung in %	97,81	86,87
Operationen, gesamt (ambulant und stationär)	20.754	19.611

Beim <u>Krankenhauszweckverband</u> waren im Jahr 2019 von 602 Ausbildungsplätzen 517 (Vorjahr 506) besetzt. Die meisten freien Plätze finden sich in der Berufsfachschule für Krankenpflege (76).

Um das Ausbildungsinteresse für Gesundheits- und Pflegeberufe zu erhöhen, wurde diese nun kostenfrei gestellt. Für die Schüler an öffentlichen Schulen wurde eine tarifliche Vereinbarung getroffen, dass für alle Ausbildungsberufe eine Vergütung während der Ausbildungszeit gezahlt wird. Im Oktober 2018 wurde ein Tarifvertrag für die Auszubildenden verabschiedet. Nun erhalten auch die Schülerinnen und Schüler in den Therapie- und MTA-Schulen eine Vergütung. Die Klinikum Ingolstadt GmbH als Träger der praktischen Ausbildung hat mit Wirkung zum 1. Januar 2019 mit diesen Schülerinnen und Schülern einen Ausbildungsvertrag geschlossen mit dem die tariflichen Vereinbarungen umgesetzt wurden.

Für die Ausbildungsstätten wurden in 2019 staatliche Förderprogramme für integrierte Fachunterrichtsräume und für das digitale Klassenzimmer aufgelegt. Für Investitionen von geplanten T€ 525 erhielt der Krankenhauszweckverband Ingolstadt eine Fördermittelzusage von T€ 93.

Die Vermietungen konnten unverändert vollumfänglich fortgeführt.

Der für 2019 geplante Jahresüberschuss von 0,2 Mio. € wurde erreicht.

Aus den Liegenschaften konnte ein Überschuss von 0,6 Mio. erzielt werden. Der Schulbetrieb hingegen weist ein Unterdeckung von 0,4 Mio. € auf, insbesondere aufgrund der nicht voll vergüteten Pensionslasten für verbeamtete Lehrer (1,0 Mio. €).

Im <u>Klinikum Ingolstadt</u> stieg die Zahl der behandelten vollstationären Patienten gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % auf 37.237. Die Case-Mix Punkte sind jedoch nur um 1,3 % auf 38.078 Punkte angewachsen, da der Case-Mix-Index auf 1,091 (Vorjahr 1,109) gesunken ist. Die geplanten 39.580 CM-Punkte wurden nicht erreicht. Dies beruht bei der positiven Fallzahlentwicklung auf Rückgängen in der Viszeral-Chirurgie und der Gefäß-Chirurgie sowie bei den Geburten und im Zentrum für Orthopädie und der Unfallchirurgie sowie zudem auf dem Fehlen von wenigen hochkomplexen Fällen. In Bayern stieg der landesweite Basisfallwert in 2019 von 3.442,48 € um 2,65 % auf 3.533,70 €. Bei einer Durchschnittsverweildauer von 6,6 Tagen wurden in der Somatik 33.211 (Vorjahr 32.016) Patienten und bei einer Durchschnittsverweildauer (incl. Beurlaubungen) von 25,5 Tagen im Zentrum für Psychische Gesundheit 4.026 (Vorjahr 3.993) Patienten vollstationär behandelt.

Die gegenüber Plan (237,2 Mio. €) fehlenden Erträge von rund 6,3 Mio. € konnten nicht durch entsprechend niedrigere Personal- und Sachkosten kompensiert werden. Diese liegen nur 2,5 Mio. € unter Plan (Plan Personalkosten 156,1 Mio. € und Sachkosten 79,5 Mo. €).

Der Anstieg der Betriebsleistung gegenüber dem Vorjahr um 18,4 Mio. € auf 230,9 Mio. € führte bei einem gleichzeitigen Anstieg des Betriebsaufwandes um 19,1 Mio. € auf 233,0 Mio. € zu einem Rückgang des operativen Betriebsergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. € auf 2,2 Mio. €. Instandhaltungsaufwendungen von 4,4 Mio. € (Vorjahr 3,3 Mio. €) belasten das Ergebnis deutlich. Die Zinsbelastung blieb mit 0,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Sondereinflüsse haben das Ergebnis in 2019 insgesamt wesentlich mit 4,3 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) gestützt. Periodenfremde Umsatzerlöse in Höhe von 5,0 Mio. € und Erträge aus Rückstellungsauflösungen in Höhe von 0,4 Mio. € tragen wesentlich dazu bei. Zinsaufwendungen für langfristige Rückstellungen mit 0,9 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen mit 0,2 Mio. € schmälern das Ergebnis. Durch diese positiven Sondereinflüsse von 4,3 Mio. € konnte bei hohen Instandhaltungslasten von 4,4 Mio. € ein Jahresüberschuss von 2,0 Mio. € erzielt werden

In der <u>Alten- und Pflegeheim</u> GmbH konnte die Gesamtauslastung im Geschäftsjahr 2019 erfolgreich bei 99,3 % gehalten werden. Damit waren durchschnittlich 79,4 Plätze belegt.

Im Geschäftsjahr 2019 liegen die betrieblichen Erträge mit 4,4 Mio. € um 0,1 Mio. € über Plan, da die geplante Pflegesatzerhöhung im Bereich der Wiedereingliederung zur Finanzierung zusätzlicher Pflegestellen realisiert werden konnte und zusätzliche Erträge aus den Leistungen für die Entwöhnungseinrichtung (T€ 33) und aus der Betriebsführung des Pflegeheims der Heilig-Geist-Spital Stiftung (T€ 60) angefallen sind. Mit der Begrenzung des Betriebsaufwands auf 4,1 Mio. € konnte ein positives Betriebsergebnis von 0,3 Mio. € erzielt werden. Unter Berücksichtigung der periodenfremden Erträge von 0,2 Mio. € insbesondere aus der Pflegesatznachvergütung für 2018 und Abzug der Pensionslasten 0,1 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 0,4 Mio. €.

Im <u>Medizinischen Versorgungszentrum</u> wurden 27.634 Patienten in 2019 behandelt, das sind rund 6 % mehr als im Vorjahr.

Die Erlöse des Geschäftsjahres von 2,8 Mio. € übertreffen um 0,2 Mio. € den Plan- und Vorjahreswert. Dies beruht auf jeweils um 0,1 Mio. € höheren Erträgen aus der Betriebsmedizin (0,7 Mio. €) und den Privatliquidationen (0,4 Mio. €) bei nahezu unveränderten Kassenleistungen (1,5 Mio. €). Der Betriebsaufwand konnte bei nahezu unveränderten Personalaufwendungen von 1,9 Mio. € auf insgesamt 2,6 Mio. € begrenzt werden. Im Geschäftsjahr 23,0 (Vorjahr 23,7) Vollkräfte beschäftigt. Davon entfallen 9,6 (Vorjahr 9,1) Vollkräfte auf den ärztlichen Dienst.

Erlösbedingt konnte gegenüber dem Vorjahr ein um 0,1 Mio. € höherer Jahresüberschuss von 0,2 Mio. € erzielt werden.

#### **Ertragslage**

Die **Umsatzerlöse** (einschließlich der Bestandveränderung) sind gegenüber dem Vorjahr um 22,9 Mio. € (+10,6 %) auf 239,1 Mio. € angestiegen.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen stiegen dabei um 12,3 Mio. € auf 209,0 Mio. €.

Ein Erlösanstieg von 3,9 Mio. € resultiert bei einem um 1,3 % höheren Casemix-Volumen vor allem aus dem um 2.65% höheren landesweiten Basisfallwert.

Das Ausbildungsbudget erhöhte sich auf Grund der neuen gesetzlichen Ausbildungsvergütungen für die medizinischen Berufe um 3,8 Mio. €.

Aufgrund des Abschlusses der Pflegesatzverhandlungen konnte im Bereich der Psychiatrie ein Budgetausgleich in Höhe von 3,7 Mio. € eingestellt werden. Zusätzlich sind die Erlöse im Zentrum für Psychische Gesundheit (ZPG) auf Grund von gestiegenen Bewertungsrelationen um 0,9 Mio. € angewachsen.

Die <u>Erlöse aus Pflegeleistungen</u> sind aufgrund der Pflegesatzerhöhung im Bereich Eingliederung seelischer kranker Erwachsener um 0,2 Mio. € auf 4,1 Mio. € gestiegen.

Die <u>Praxiseinnahmen</u> im Medizinischen Versorgungszentrum konnten aufgrund des höheren Patientenaufkommens um 0,2 auf 2,1 Mio. gesteigert werden.

Die <u>sonstigen Umsatzerlöse</u> von 23,9 Mio. € liegen um 10,2 Mio. € über dem Vorjahreswert. Dies beruht im Wesentlichen auf dem um 5,0 Mio. € höheren Budgetausgleich der Psychiatrie, der für Vorjahre nachgewährt wird sowie höheren Verkaufserlösen für Medikamente und med. Sachbedarf von 4,0 Mio. €.

Demgegenüber fallen die **sonstigen betrieblichen Erträge** mit 27,4 Mio. € um 2,9 Mio. € niedriger aus als im Vorjahr. Die enthaltenen Erträge aus der Fördermittelvereinnahmung und Auflösung sind mit 23,7 Mio. € um 2,1 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Die übrigen betrieblichen Erträge sind im Vorjahresvergleich um 0,8 Mio. € auf 3,7 Mio. € zurückgegangen und betreffen mit 0,4 Mio. € (Vorjahr 1,3 Mio. €) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand und die bezogenen Leistungen sind um 7,0 Mio. € auf 53,3 Mio. € angewachsen. Dies beruht zum einen auf Steigerungen im medizinischen Sachbedarf, der um 5,5 Mio. € auf 35,7 Mio. € gestiegen ist. Dem höheren Materialeinsatz stehen um 4,0 Mio. € auf 7,3 Mio. € gestiegene Erlöse aus dem Verkauf von medizinischem Bedarf gegenüber.

Von der nicht konsolidierten Tochtergesellschaft Dienstleistungs- und Gebäudemanagement GmbH wurden zudem im Rahmen des Gemeinschaftsbetriebs 94,6 Vollkräfte (Vorjahr 71,1 Vollkräfte) gestellt; die Vergütung betrug 3,1 Mio. € (Vorjahr 2,0 Mio. €).

Seit der Einrichtung des Gemeinschaftsbetriebs im Oktober 2016 zwischen der Klinikum Ingolstadt GmbH und der Dienstleistungs- und Gebäudemanagement GmbH wird bei Fluktuation Personal in den Bereichen Reinigung, Essensversorgung, Lager und Logistik, Ver- und Entsorgung, Zentralsterilisation, Patientenbegleitung und –service bei der Dienstleistungs- und Gebäudemanagement GmbH angestellt und der Klinikum Ingolstadt GmbH gestellt.

Der Personaleinsatz stieg bei den im Konzernabschluss berücksichtigten Unternehmen um 65,3 VK auf 2.205,3 Vollkräften. Der **Personalaufwand** ist um 10,0 Mio. € angestiegen. Dieser Anstieg beruht auf der gestiegenen Vollkraftzahl und den tariflichen Entgelterhöhungen.

Der Personaleinsatz stieg im Konzern im Jahr 2019 auf 2.205,3 Vollkräfte, wobei im Bereich des ärztlichen und des Pflege-Dienstes eine Erhöhung von 29,9 VK umgesetzt werden konnte. Der größte Anstieg von 42,7 Vollkräften resultiert aus der erstmaligen Anstellung der Auszubildenden in den medizinischen Berufen auf die eine erstmalige Gesamtvergütung von 3,8 Mio. € entfällt.

Personalentwicklung	Ist	Ist	Veränderung	
	2019	2018		
	Vollkräfte	Vollkräfte	Vollkräfte	in %
Ärzte	363,4	353,2	10,2	2,9
Pflegedienst	821,9	802,2	19,7	2,5
Medizinische-technische Assistenten	268,3	258,0	10,3	4,0
Funktionsdienst	248,2	242,1	6,1	2,5
Klinisches Hauspersonal	54,3	65,3	-11,0	-16,8
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	124,8	138,6	-13,8	-10,0
Technischer Dienst (Haustechnik)	52,8	53,7	-0,9	-1,6
Technischer Dienst (Medizintechnik)	5,7	5,4	0,3	5,7
Verwaltungsdienste	163,9	161,3	2,6	1,6
Sonderdienste	14,3	14,6	-0,3	-1,8
Ausbildungsstätten	45,0	45,6	-0,6	-1,2
Sonstige	42,7	0,0	42,7	
durchschnittlicher Personalstand	2.205,3	2.140,0	65,3	3,1

Wegen der Gründung des Gemeinschaftsbetriebs mit der Dienstleistungs- und Gebäudemanagement GmbH gingen die Vollkräfte im Klinischen Hauspersonal (- 11,0 VK) und im Wirtschafts- und Versorgungsdienst (-13,8 VK) erheblich zurück. Diesem durchschnittlichen Rückgang steht aber die Zunahme um 23,6 VK in der Dienstleistungs- und Gebäudemanagement GmbH gegenüber.

Ursächlich für den Anstieg bei den Pflegekräften waren die Umsetzung des Pflegeförderprogramms, die Gewinnung und der Erhalt von Fachkräften sowie die Vorgaben der Psychiatrie-Personalverordnung.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen sind im Vorjahresvergleich um 0,4 Mio. € auf 16,3 Mio. € angestiegen. Die Abschreibungen für geförderte Investitionen sind im Vorjahresvergleich um 0,6 Mio. € auf 11,6 Mio. € gestiegen. Dies beruht aus weiteren Investitionen im Rahmen der Generalsanierung und medizinischen Geräten sowie Einrichtungen und Ausstattungen. Die auf eigenfinanzierte Investitionen entfallenden Abschreibungen gingen dagegen um 0,2 Mio. € auf 3,7 Mio. € zurück.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind im Vorjahresvergleich um 1,4 Mio. € auf 32,1 Mio. € zurückgegangen. Die enthaltenen Aufwendungen aus der Einstellung der Fördermittel in den Sonderposten sind mit 11,6 Mio. € um 2,8 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Die übrigen betrieblichen Aufwendungen liegen um 1,4 Mio. € höher bei 20,3 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein um 1,2 Mio. € höherer Bedarf für Instandhaltung und Wartung zu verzeichnen. Zusätzlich sind höhere Kosten von 0,6 Mio. € für die Wartung von Hard- und Software und für IT-Dienstleistungen sowie für Verwaltungsbedarf von 0,3 Mio. € und Versicherungen von 0,2 Mio. € angefallen. Im Gegenzug sind niedrigere periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1,1 Mio. € zu verzeichnen.

Die **Zins**belastung nach Abzug der Zinserträge ist in 2019 um 0,1 Mio. € auf 1,9 Mio. € gestiegen. Der Anstieg resultiert aus der Auf- bzw. Abzinsung der Rückstellungen um 0,1 Mio. € auf 1,7 Mio. €

Im Geschäftsjahr 2019 ist ein **Konzernjahresüberschuss** 2,9 Mio. € zu verzeichnen. Das Ergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,0 Mio. €. Während im Vorjahr belastende Sondereffekte von 0,4 Mio. € zu verzeichnen waren, ist das Ergebnis in 2019 durch positive Sondereffekte von 3,8 Mio. € begünstigt. Das Betriebsergebnis ist in 2019 erneut negativ mit 0,9 Mio. €, jedoch im Vergleich zum Vorjahr mit um 1,1 Mio. € höheren Instandhaltungsaufwendungen von 4,4 Mio. € belastet.

## Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr um 9,7 Mio. € (+ 3,2 %) auf 313,4 Mio. € gestiegen.

Das langfristige Anlagevermögen mit einem Anteil von rund 70,0 % an der Bilanzsumme ging dabei um 1,5 Mio. € auf 219,3 Mio. € zurück. Den Investitionen von 14,8 Mio. € stehen Abschreibungen von 16,3 Mio. € gegenüber. Die Investitionen betreffen mit 6,9 Mio. € die Generalsanierung des Klinikums sowie im Übrigen im Wesentlichen medizinische Geräte und Ausstattung.

Beim kurzfristigen Vermögen ist eine Zunahme um 11,4 Mio. € auf 93,9 Mio. € zu verzeichnen.

Die Betriebsmittellagerbestände sind um 0,5 Mio. € auf 3,1 Mio. € angewachsen. Die noch nicht abgerechneten, abgegrenzten Leistungen sind ebenfalls um 0,2 Mio. € auf 5,2 Mio. € gestiegen. Der Anstieg der Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht um 11,5 Mio. € auf 14,6 Mio. € entfällt mit 3,7 Mio. € auf das ausstehende Ausbildungsbudget (4,2 Mio. €) und mit 6,9 Mio. € auf ausstehende Budgetforderungen nach dem Pflegesatzrecht (8,6 Mio. €) sowie mit 0,9 Mio. € auf ausstehende Fördermittel für große Baumaßnahmen (1,8 Mio. €).

Die übrigen Forderungen erhöhten sich aufgrund von Fakturierungsrückständen um 9,7 Mio. € auf 64,5 Mio. €. Der Rechnungsabgrenzungsposten stieg 0,3 Mio. € auf 2,0 Mio. €. Dies resultiert aus dem Anstieg der Wartungskosten.

Zur Finanzierung der Außenstände mussten die Liquiditätsbestände und Geldanlagen um 10,8 Mio. € auf 4,4 Mio. € abgebaut werden.

Das bilanzielle Eigenkapital ist infolge des Konzernjahresüberschusses von 2,9 Mio. € auf 86,8 Mio. € gewachsen.

Der Sonderposten für Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens, der Eigenkapitalcharakter hat, stieg um 1,8 Mio. € auf 148,7 Mio. € an. Den Fördermittelzugängen von 13,7 Mio. € steht die ertragswirksame, die Abschreibungen der geförderten Anlagen kompensierende, Auflösung der Zuwendungen von 11,9 Mio. € gegenüber.

Die Eigenmittel belaufen sich unter Einbeziehung des Sonderpostens auf nunmehr 235,6 Mio. € und finanzieren damit 75,0 Prozent des Gesamtvermögens.

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Mio. € auf 43,3 Mio. € gestiegen. Die Pensions- und Beihilferückstellungen sind infolge der Aufzinsung um 2,0 Mio. € auf 17,3 Mio. € angewachsen. Die Rückstellungen für übrige Personalverpflichtungen (15,3 Mio. €) betreffen neben Urlaubs- und Zeitguthaben, Altersteilzeitverpflichtungen sowie erfolgsabhängigen Vergütungen. Die Rückstellungen für Erlösberichtigungen mussten um 1,5 Mio. € auf 8,0 Mio. € erhöht werden. Der übrige Rückstellungsbedarf sank um 0,6 Mio. € auf 2,7 Mio. €.

Die Kreditmittelinanspruchnahme stieg um 4,7 Mio. € auf 20,7 Mio. €. Die im Vorjahr bestehenden Bankkredite von 1,3 Mio. € wurden vollständig zurückgeführt. Weitere 0,1 Mio. € wurden getilgt bei den Ausleihungen von der nicht konsolidierten Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH, die Ende 2019 noch mit 0,4 Mio. € beansprucht werden. Im Gegenzug wurden zusätzliche Mittel von 6,1 Mio. € neu aufgenommen. Ende 2019 werden bei der Stadt Ingolstadt 12,9 Mio. € und beim Zweckverbandes Müllverwertungsanlage Ingolstadt 7,4 Mio. € beansprucht; ein Teilbetrag von 5 Mio. € dieser Darlehen wird langfristig beansprucht.

Der Betrag der für die Generalsanierung angesparten Fördermittel ging in 2019 um 1,2 Mio. € auf nunmehr 2,2 Mio. € zurück.

Die Anzahlungen betreffen vereinnahmte Zahlungen der Kostenträger für noch abzurechnende Leistungen von 2,5 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €).

Die übrigen Verbindlichkeiten von 9,1 Mio. € (Vorjahr 10,3 Mio. €) betreffen mit 5,5 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €) Lieferungen und Leistungen und mit 1,9 Mio. € (Vorjahr 1,8 Mio. €) noch abzuführende Steuern.

### Finanzierung

Der Mittelbedarf für die Investitionen (14,7 Mio. €) und für die laufende Geschäftstätigkeit (12,5 Mio. €) – bedingt durch den Forderungsaufbau wurde gedeckt durch die Fördermittelvereinnahmung (4,9 Mio. €), die Einlagen der Träger für die Generalsanierung (6,8 Mio. €) und den Abbau der liquiden Mittel und Geldanlagen (10,8 Mio. €) sowie kurzfristige Neukreditaufnahmen (4,7 Mio. €).

## Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Seit Januar 2020 breitet sich in Deutschland überregional das sogenannte SARS-CoV-2-Virus aus. Als Schwerpunktversorger im Raum Ingolstadt obliegt dem Klinikum Ingolstadt hier eine besondere Verantwortung. Vor diesem Hintergrund werden seit Mitte März 2020 elektive Patientenbehandlungen weitgehend auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und Kapazitäten in der akuten Grundversorgung sowie Intensivkapazitäten für die Behandlung von Corona-Patienten vorgehalten. Das Klinikum Ingolstadt erfüllt die Vorgaben zum Vollzug des Infektionsschutzgesetztes (IfSG); Corona-Pandemie: Verschiebung elektiver Eingriffe und geplanter Behandlungen im Krankenhaus vom 19.03.2020. Hierdurch entstehen grundsätzlich zahlungswirksame Verluste, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft im Jahr 2020 erheblich belasten werden.

Mit Zustimmung des Bundesrates am 28. März 2020 ist das "COVID19-Krankenhausentlastungsgesetz" in Kraft getreten welches die wirtschaftlichen Folgen für Krankenhäuer auffangen soll. Die genauen Auswirkungen sind aktuell noch nicht abschätzbar, aber es wird davon ausgegangen, dass es die Mehrbelastungen teilweise kompensieren kann.

Gemäß Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) vom 25. März 2020 wird das BIP in Deutschland im Jahr 2020 um -0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr sinken. Für das Jahr 2021 wird eine Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 2020 von 1,7 Prozent prognostiziert.

Diese Entwicklung im Bereich der Binnenkonjunktur betrifft uns unmittelbar. Das Steueraufkommen der Gebietskörperschaften berührt uns direkt, da die Investitionsförderung von diesen Einnahmen abhängt.

Die seit über 30 Jahren bestehende bauliche Infrastruktur des Klinikums führt zu einer stetigen Zunahme der Instandhaltungskosten. Die begonnene Generalsanierung wird sich noch über viele Jahre erstrecken, die nach und nach sanierten Bereiche werden sukzessive den Anstieg der Instandhaltungskosten bremsen. Zurzeit ist die Fortführung gestoppt, da eine neue Zielplanung erstellt wird. Nach Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium und der Regierung von Oberbayern wird voraussichtlich ein Teilersatzneubau umgesetzt.

Der Mangel an qualifiziertem Personal ist zusätzlich eine der größten Herausforderungen im deutschen Gesundheitswesen. Insbesondere der Pflegekräftemangel stellt für das Klinikum Ingolstadt ein zunehmendes Risiko dar. Zum reinen quantitativen Mangel stellt zudem die aktuell beschlossene Umgestaltung der Ausbildung in den Pflegeberufen (Generalistik) ein zusätzliches, noch nicht abschätzbares Risiko dar. Durch die Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) sind Krankenhäuser zusätzlich in der Pflicht, in pflegesensitiven Bereichen eingesetztes Personal und die entsprechende Belegung zu dokumentieren und an das InEK zu melden.

Mit den Steuerungsmaßnahmen Fallmanagement, Aufnahme- und Entlassungsmanagement, Verlegungsmanagement in die Rehabilitation und die Anschlussheilbehandlung nutzen wir die Möglichkeiten zur vertikalen und horizontalen Steuerung unserer Patienten um eine effiziente und sektorübergreifende Versorgung sicherzustellen. Eine noch weitere Verzahnung mit den Einrichtungen der Rehabilitation soll uns hier zusätzliche Sicherheit geben.

MDK-Prüfungen zielen wie auch in den Vorjahren weiterhin unvermindert auf die Realisierung von Grenzverweildauerabschlägen bei weniger komplexen Fällen bzw. Streichungen von Zuschlägen bei Erreichen der Grenzweildauer ab. Die Vergütung von komplexen Leistungen wird zunehmend geprüft. Strukturprüfungen bis hin zur Prüfung der Qualifikation von einzelnen Mitarbeitern haben zugenom-

men. Nur bei exakter und vollständiger Dokumentation aller erbrachten Leistungen wird die Krankenhausrechnung akzeptiert und vollständig vergütet.

Für die Klinikum Ingolstadt GmbH wird die Stabilisierung vorhandener und die Entwicklung weiterer Schwerpunktversorgungen durch Medizinische Zentren in der Therapie und Diagnostik weiter fortgesetzt. Der Ausbau der ambulanten Versorgung wird durch unsere MVZ GmbH auf dem Gelände des Krankenhauses erbracht. Die Zunahme der Notfälle stellt uns vor große Herausforderungen.

Zudem wirkt sich die Schließung von geburtshilflichen Einrichtungen im regionalen Umfeld belastend auf die Klinik aus. Die zur Verfügung stehenden Bettenkapazitäten werden somit über die Belastbarkeitsgrenze hinaus ausgelastet.

Zusätzliche Risiken haben sich durch die Corona-Pandemie ergeben, die aber erst zum Ende des Jahres bewertet werden können. Fallverluste auf Grund von veränderten Verhaltensweisen der Patienten und von rechtlichen Vorgaben sind bereits jetzt wahrzunehmen.

Der Fachkräftemangel stellt nach wie vor ein zentrales Risiko dar. Im Gesundheitsmarkt, speziell bei Leistungsanbietern im stationären Sektor, herrscht ein intensiver Wettbewerb um qualifiziertes Personal. Die Gewinnung und Bindung von Fachpersonal stellt berufsgruppenübergreifend eine gleichbleibend hohe Herausforderung dar. Neben Führungskräften im medizinischen und administrativen Bereich wird insbesondere qualifiziertes Pflegepersonal insbesondere im Intensiv- und Operationsbereich gesucht. Dieser Fachkräftemangel führt durch die Tendenz zur Gewährung über-/außertariflicher Vergütungen zu einem Anstieg der Personalkosten, dem wir u.a. durch das Angebot unserer flexiblen Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle entgegentreten wollen.

Ein erheblicher Mangel von Mitarbeitern in Schlüsselpositionen kann in einem Dienstleistungs-betrieb die Qualität beeinträchtigen und zusätzliche Risiken bis hin zum partiellen Betriebsstillstand im jeweiligen Bereich generieren. Dies kann erhebliche Erlösausfälle zur Folge haben. Situationen des Personalmangels können die Wahrnehmung von Wachstumschancen und dadurch auch eine nachhaltige Unternehmensentwicklung gefährden. Die Bedeutung einer zeitgerechten und qualifizierten Gewinnung von Personal nimmt zu. Über Anreizsysteme bei der Vergütung und attraktive Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, BGM-Maßnahmen und Führungskräfteentwicklung versuchen wir, Mitarbeiter zu gewinnen, zu binden und weiterzuentwickeln.

Am 1. Januar 2019 ist das Pflegepersonalstärkungsgesetz in Deutschland in Kraft getreten mit dem Ziel, die Personalausstattung in der Pflege zu verbessern. Jede – gegenüber 2018 – zusätzliche bzw. aufgestockte Pflegestelle am Bett wurde 2019 von den Kostenträgern vollständig refinanziert. Im Jahr 2019 haben wir deshalb 19,7 zusätzliche Pflegekräfte beschäftigt. Ab 2020 werden die Pflegepersonalkosten der Krankenhäuser aus den DRG-Fallpauschalen ausgegliedert und stattdessen über separate Pflegebudgets nach dem Selbstkostendeckungsprinzip von den Krankenkassen finanziert.

Seit 2019 gelten für Kliniken in Deutschland verbindliche Pflegepersonal-Untergrenzen für die pflegesensitiven Stationen Geriatrie, Intensivmedizin, Kardiologie, und Unfallchirurgie. 2020 sollen diese um die Krankenhausbereiche der Herzchirurgie, Neurologie, Neurologie-Schlaganfalleinheit und Neurologische Frührehabilitation erweitert werden.

Auf der Kostenseite ist die Entwicklung der Personalkosten von entscheidender Bedeutung für das Jahresergebnis.

Im Wettbewerbsumfeld nutzen wir mit unseren Kooperationen die Möglichkeiten und Chancen, die der Markt bietet und werden diese auch weiterhin gezielt fortführen. Durch gezielte Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen stellen wir uns auf den Wandel in den Behandlungskonzepten ein. Vermehrte tagesklinische und ambulante Behandlung wird unsere Prozesslandschaft und Versorgungsstrukturen ändern. Damit sind wir in der Lage, auch künftig bei reduzierten Entgelten mit angepassten Kostenstrukturen zu reagieren. Die geplanten Ergebnisse können jedoch nur erreicht werden, wenn die Kosten aus den Tarifsteigerungen durch dementsprechende Erlössteigerungen finanziert werden. Die Schere zwischen Erlös- und Kostensteigerung geht aber immer weiter auseinander. Der Pflegezuschlag, die Finanzierung der zusätzlichen Hygieneaufwendungen und das Pflegestellenförderprogramm decken diese Kosten nur teilweise ab. Abschläge für Mehrleistungen wirken speziell in Wachstumsregionen kontraproduktiv.

Die Professionalität, Kompetenz und Qualifikation unseres Personals fördern und unterstützen wir durch gezielte und regelmäßige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf allen Hierarchieebe-

nen. Großes Augenmerk gilt weiterhin der Ausbildung von qualifiziertem Pflegepersonal in der Krankenpflegeschule des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt. Vorteile der Digitalisierung nützen wir, um Arbeitsplätze zeitgerecht zu gestalten und dadurch Entlastung der Mitarbeiter zu erreichen.

Qualifizierte Führungskräfte zu finden, zu motivieren und zu binden ist eine Kernaufgabe einer zukunftsorientierten Klinik. Hierzu bieten wir ein weitreiches Angebot zur Fortbildung und Weiterqualifizierung.

Regelmäßige Befragungen von Mitarbeitern und differenzierte Personalentwicklungsprogramme sollen die Fluktuation reduzieren und die Personalbindung erhöhen. Die Krankenhäuser haben eine extrem hohe Frauenquote, so dass auch spezielle Arbeitszeitmodelle und Teilzeitmodelle für Frauen sowie betriebsübergreifende Schichtmodelle unabdingbar sind.

Hinsichtlich der Prozessstrukturen in der klinischen Behandlung mussten die Behandlungskonzepte angepasst werden. Tagesklinische und ambulante Behandlungen, prä- und poststationäre Versorgungsketten, die Anbindung aller Leistungsanbieter auf dem Klinikumsgelände in der Campusstruktur sind notwendig. Die Campusstruktur des Klinikums Ingolstadt verdeutlicht die veränderte Struktur auch auf dem Betriebsgelände unseres Konzerns.

Die Steuerungsprozesse werden insgesamt komplexer und kurzfristige Zugewinne werden sich mittelfristig nivellieren und verklingen. Ausweitungen von Nutzungsmöglichkeiten (z.B. der Kurzzeitpflege oder Tagespflege) bleiben theoretische Annahmen, wenn auf der Seite der Strukturbildung keine Änderungen erzielt werden können. Wartelisten und die Absage von Betreuungsanfragen zeigen deutlich die bestehenden Kapazitätsgrenzen auf. Die parallele Umsetzung zahlreicher Reformen und Vorgaben führt in den Einrichtungen zu einer beständigen Unruhe.

Die zukünftige Entwicklung der Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH wird durch die enge Bindung an die Klinikum Ingolstadt GmbH geprägt sein. Durch den strategischen Ausbau der einzelnen Schwerpunkte und die weitere Information der Patienten über die Leistungsbreite und die Expertise der einzelnen Praxen werden die Umsätze weiter steigen. Durch die angestrebte räumliche und prozessuale Verdichtung sollen Optimierungspotentiale und Synergieeffekte noch mehr wahrgenommen werden.

Das Beteiligungsmanagement des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt unterstützt die Organe des Krankenhauszweckverbands in der Steuerung und Kontrolle der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Krankenhauszweckverbands und der Klinikum Ingolstadt GmbH.

Daneben ist zur Überwachung der Risikosituation im Konzern ein Risikomanagement etabliert, das den Kernregelkreis im Sinne vom Risikomanagement (Risikoidentifikation, -analyse, -überwachung, -kontrolle, -steuerung und -kommunikation) gewährleistet. Das Risiko-Management-System wird regelmäßig auf den Prüfstand gesetzt und weiterentwickelt. Ergänzt wird dies mittlerweile durch die Informationssicherheit. Hier wird auch den Risiken der digitalen Transformation Rechnung getragen.

## Markt- und Absatz

Auf Grund der Krankenhausplanung auf Landesebene verfügen alle Plankrankenhäuser faktisch über einen staatlich regulierten Gebietsschutz, der einem, wenn auch stark reglementierten Markt und Wettbewerb ausgesetzt ist. Klassische Markt- und Absatzrisiken sind die Folge. Durch die Anpassung unserer Unternehmensstrategie, des Leistungsportfolios und des Fachrichtungsangebots begegnen wir diesen Risiken erfolgreich.

MDK-Prüfungen zielen wie auch in den Vorjahren weiterhin unvermindert auf die Realisierung von Grenzverweildauerabschlägen bei weniger komplexen Fällen bzw. Streichungen von Zuschlägen bei Erreichen der Grenzweildauer ab. Die Vergütung von komplexen Leistungen wird zunehmend geprüft. Strukturprüfungen bis hin zur Prüfung der Qualifikation von einzelnen Mitarbeitern haben zugenommen. Nur bei exakter und vollständiger Dokumentation aller erbrachten Leistungen wird die Krankenhausrechnung akzeptiert und vollständig vergütet.

Für die Klinikum Ingolstadt GmbH wird die Stabilisierung vorhandener und die Entwicklung weiterer Schwerpunktversorgungen durch Medizinische Zentren in der Therapie und Diagnostik weiter fortge-

setzt. Der Ausbau der ambulanten Versorgung wird durch unsere MVZ GmbH auf dem Gelände des Krankenhauses erbracht. Die Zunahme der Notfälle stellt uns vor große Herausforderungen. Zudem wirkt sich die Schließung von geburtshilflichen Einrichtungen im regionalen Umfeld belastend auf die Klinik aus. Die zur Verfügung stehenden Bettenkapazitäten werden somit über die Belastbarkeitsgrenze hinaus ausgelastet.

Auf Grund der staatlichen Schulplanung verfügen alle Berufsfachschulen faktisch über einen staatlich regulierten Gebietsschutz. Gemäß § 2 Abs. 1a) Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind im Krankenhausplan des Freistaats Bayern die Berufsfachschulen des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt explizit aufgeführt. Klassische Markt- und Absatzrisiken bestehen deshalb nicht, außer bei den Vermietungen, die aber im Wesentlichen an Kooperationspartner erfolgen.

Dennoch ergeben sich Veränderungen im Markt. Der Rückgang der Bewerberzahlen und das Absinken der Qualifikation der Bewerber bewirkt, dass immer weniger Schüler ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Dadurch entstehen höhere Kosten pro Ausbildungsplatz, die nicht finanziert sind.

Um diesen Veränderungen entgegen zu wirken, hatte das Berufsbildungszentrum u. a. in Kooperation mit der Fakultät für Soziale Arbeit (FH) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt einen Bachelor-Studiengang in Pflegewissenschaften angeboten. Die Kooperation mit der KU Eichstätt-Ingolstadt lief zum Ende des Jahres 2018 aus. Die begonnenen Studiengänge müssen aber wie geplant zu Ende geführt werden. Das Ende der letzten "Dualität" wird demnach im Jahr 2021 sein. Zudem ist auf Bundesebene die Einführung einer gemeinsamen Ausbildung für Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege als Maßnahme zur Nachwuchssicherung verabschiedet worden. Aufgrund dessen muss abhängig von den erwartenden Detailregelungen abgewartet werden, ob und mit welchem hochschulischen Partner weitere Studiengänge angeboten werden können. Dies gilt auch für die veränderte Ausbildung der Hebammen.

Die Berufsfachschule für Physiotherapie in Ingolstadt ist seit Ende 2016 Kooperationspartner der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (OTH). Ebenso besteht mit der Regensburger Hochschule eine Kooperation der BFS für Logopädie. Gegenstand der Kooperation sind die Bachelorstudiengänge "Angewandte Gesundheitswissenschaften"/Physiotherapie bzw. Logopädie dual.

Der demografische Wandel und der steigende Bedarf an passgenauen Betreuungs- und Pflegedienstleistungen sprechen auch künftig für eine steigende Nachfrage nach professionellen pflegerischen Dienstleistungen. Aufgrund der Tatsache, dass die Finanzierung unserer Einrichtung weitgehend aus öffentlichen Mitteln gespeist wird, sind Zahlungsausfälle in größerem Umfang nicht zu erwarten. Durch die Reduzierung der betriebenen Pflegeplätze auf Langzeitpflegeplätze im psychiatrischen Bereich und der Wiedereingliederung wirken sich aber Minderbelegungen erheblich aus. Die sofortige Nachbelegung freier Pflegeplätze ist von der Verfügbarkeit von geeigneten Bewohnern abhängig. Um diesem Risiko entgegenzuwirken besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Klinikum Ingolstadt GmbH. Die immer noch geplante Errichtung einer Station für Kurzzeitpflege ist abhängig von den nutzbaren Räumen und insbesondere von zusätzlichem qualifiziertem Personal, das derzeit nicht verfügbar ist. Diese Kurzzeitpflege kann allerdings nur dann wirtschaftlich betrieben werden, wenn die notwendige, zusätzliche Finanzierung über die Klinikum Ingolstadt GmbH im Rahmen der horizontalen Versorgungskette erfolgt.

Um Synergieeffekte erschließen zu können, ist eine Vergrößerung der Platzkapazitäten wünschenswert.

Die Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH bietet Dienstleistungen im Sektor der ambulanten Versorgung von Patienten an und steht damit im Wettbewerb mit niedergelassenen Ärzten. Auf Grund des besonderen Zuschnitts und der Verzahnung mit der Klinikum Ingolstadt GmbH sehen wir die Möglichkeit die Fallzahlen weiter zu steigern. Im Geschäftsfeld der Betriebsmedizin sind die Wachstumschancen eng mit dem erforderlichen Fachpersonal verknüpft.

## Finanzen

Auf Grund unserer Finanzanlagen (Festgeld) und der durch uns aufgenommenen Darlehen bestehen zwar grundsätzlich Zinsrisiken, die jedoch insgesamt wegen der sehr geringen Nettoverschuldung von untergeordneter Bedeutung sind. Kursrisiken, Transaktions- oder Währungsrisiken bestehen nicht.

Auf strittige Forderungen und dauerhafte Wertminderungen wurden entsprechende Abschreibungen vorgenommen.

Die bestehenden Annuitätendarlehen sind langfristig abgeschlossen und haben eine durchschnittliche Zinsbindung von 4 Jahren.

Im Umfeld der derzeitigen Entwicklungen in den Finanzmärkten sind auch wir mittlerweile vom Phänomen negativer Zinsen für Einlagen und Guthaben betroffen. Durch gezieltes Cash-Management und der Vereinbarung von Freibeträgen treten wir dieser Entwicklung so weit als möglich entgegen.

#### **Betrieb und Produktion**

Die Behandlung von Patienten geschieht in einem organisatorisch komplexen und arbeitsteiligen Prozess. In allen Schritten der Patientenhandlung stellen wir uns sowohl den Ansprüchen der Patienten als auch unseren Ansprüchen an eine adäquate Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität. Zur fortlaufenden Optimierung nutzen wir hierzu zum einen externe Audits und lassen Zentren, Bereiche und Einheiten entsprechend den Vorgaben der Qualitätssicherungsinstitute durch externe Gutachter zertifizieren.

Zum anderen überwachen und messen wir regelmäßig und fortlaufend die Qualität unserer Leistungserbringung. Dies geschieht durch die Überprüfung der Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben ebenso wie durch Befragungen von Patienten, Mitarbeitern und einweisenden Ärzten sowie durch Anwendung wissenschaftlicher, risikoadjustierter Kennzahlen. Die Ergebnisse dieser Befragungen sind für uns Grundlage unseres ständigen Strebens nach Erreichung eines noch höheren Qualitätsniveaus.

Das Klinikum Ingolstadt veröffentlicht jährlich den Gesetzlichen Qualitätsbericht nach § 137 SGB V, in welchem das Leistungsspektrum unseres Hauses dargestellt wird. Die inhaltliche Struktur und Gliederung des Gesetzlichen Qualitätsberichts wird dabei vom Gesetzgeber vorgeschrieben.

Das Hauptziel des Gesetzlichen Qualitätsberichts liegt in der Schaffung von Transparenz. Er soll den Patienten im Vorfeld einer Krankenhausbehandlung als Entscheidungshilfe bei der Wahl eines geeigneten Krankenhauses dienen. Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser stehen aber auch sonst jedem Interessierten zur Verfügung.

Der zunehmende Kostendruck auf der einen und die wachsenden Anforderungen an die Qualität der Leistungserbringung bis hin zur Kopplung der Refinanzierung an das Erreichen gesetzlich vorgegebener Qualitätsindikatoren stellt die Klinikum Ingolstadt GmbH in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Wir versuchen, diesen Herausforderungen mit geeigneten Instrumenten zu begegnen. Hierzu zählen u.a.:

- EDV-gestützte Auswertung von Qualitätsindikatoren mittels unseres Business-Intelligence-Systems
- Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements sowie regelmäßige Schulungen der Mitarbeiter

Trotz aller Qualitätssicherungsmaßnahmen können Schlecht- bzw. Fehlleistungen nicht vollständig ausgeschlossen werden und führen in Einzelfällen zu Beschwerden. Da wir insbesondere Beschwerden von Patienten sehr ernst nehmen, erfolgt die Analyse durch die eigens dafür geschaffene Anlaufstelle. Somit ist sichergestellt, dass – falls erforderlich – korrigierend eingegriffen wird.

Für alle Risiken, denen wir in unserer Leistungserbringung gegenüberstehen, besteht ein angemessener und regelmäßig aktualisierter Versicherungsschutz.

#### Beschaffung

Bei der Beschaffung von Medizinprodukten, Medikamenten und Ausstattungen sowie von medizinischem Sachbedarf sind wir auf Fremdanbieter angewiesen. Diese Abhängigkeiten können grundsätzlich mit Risiken behaftet sein, z.B. Preisrisiken, Lieferengpässen oder Qualitätsproblemen. Dem begegnen wir, in dem wir uns mit weiteren Partnern zu Verbund- und Netzwerk-Einkaufsstrukturen zusammengeschlossen haben (Sana, Clinotel).

Im Klinikum Ingolstadt erfolgen Beschaffungen zentral über die Einkaufsabteilung (Wirtschaftsbetriebe / Einkauf, Apotheke, Medizinprodukteeinkauf, Fertigvorrat) unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben (z.B. Vergabe- und Beschaffungsverordnungen) sowie den Normen der Compliance. Die Einkaufsabteilung und die Apotheke stellen durch kontinuierliche Markt- und Produktbeobachtung sicher, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nur im Ausnahmefall entstehen können bzw. Ausweichstrategien rechtzeitig etabliert werden.

Jedoch bestehen in den letzten Jahren, wie auch im vergangenen Jahr 2019, zunehmende Lieferengpässe für einige in der Patientenbehandlung dringend erforderliche Medikamente / Wirkstoffgruppen. Auch im Bereich des medizinischen Verbrauchsmaterials kommt es immer wieder zu Engpässen. Ursache dafür sind regulatorische Eingriffe (Zulassungen) oder Portfoliobereinigungen der Hersteller. Diese Engpässe führten bislang über ein vorausschauendes Logistikmanagement zu keinen negativen Einflüssen in der Patientenversorgung.

#### Erfolgs- und Liquiditätsrisiken

Die Monatsabschlüsse und der Jahresabschluss werden zeitnah erstellt und der Geschäftsführung vorgelegt. Die Analyse erfolgt zusammen mit den Budgetverantwortlichen in den jeweiligen Bereichen. So können frühzeitig Abweichungen von den Planwerten erkannt und – wenn notwendig – Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Durch regelmäßige Zeit- und Betriebsvergleiche (Clinotel, Bayerische Krankenhausgesellschaft, AKG u.a.) von Aufwendungen, Erträgen, DRG-Daten, betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, Personalkennzahlen und anderen betriebs- und finanzwirtschaftlichen Indikatoren werden unsere Analysen unterstützt. Das Erlös- und Kostencontrolling ist hierzu kontinuierlich weiterentwickelt worden.

Monatliche Erfolgs- und Liquiditätskontrollen sichern unsere Prognosen und unseren Liquiditätsstatus ab.

Die durch die Finanzabteilung ermittelte Liquiditätsentwicklung wird quartalsweise dem Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt.

Auf Grund der zur Verfügung stehenden Liquidität und der geringen Verschuldung schätzen wir die Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken als gering ein.

#### Haftungs- und Rechtsrisiken sowie Chancen

Risiken, die sich im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten ergeben können, werden im Klinikum fortlaufend identifiziert, bewertet und kommuniziert. Die aus laufenden Rechtsverfahren resultierenden Haftungs- und Rechtsrisiken werden bewertet und im Jahresabschluss berücksichtigt, um wesentliche negative Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage für die Folgejahre möglichst auszuschließen.

Über unsere Ombudsperson können die Mitarbeitenden anonyme Compliance-Verstöße melden. Als Ansprechpartner hierfür steht eine Rechtsanwaltskanzlei zur Verfügung.

#### Gesamteinschätzung

Die Überprüfung der Gesamtrisikolage des Konzerns hat für das Jahr 2019 ergeben, dass bestandsgefährdende Risiken nicht bestehen.

#### Chancen

Die Kosten werden erheblich durch die Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst, speziell durch die Regelungen des TVöD, und durch die Preisentwicklung auf dem Energiesektor beeinflusst. Unsere fle-

xiblen Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle liefern uns die Möglichkeit, auch hier die sich bietenden Chancen zu nutzen. Ein sparsamer Ressourcenverbrauch hilft uns den gestiegenen Energiekosten entgegen zu treten.

Neben den Chancen aus der Nutzung flexibler Arbeitszeit- und Vergütungsmodelle ergeben sich insbesondere Chancen aus der Gewinnung von zusätzlichen Schülern.

Mit der modern ausgestalteten Immobilie am Klinikum hat das bedarfsorientiert geordnete Leistungsangebot der Alten- und Pflegeheim GmbH einen hohen Qualitätszuwachs erfahren. Aufgrund des ansprechenden Arbeitsumfelds gehen wir davon aus, dass der Erhalt von qualifiziertem Pflegepersonal
gesichert ist. Verbesserte Prozessabläufe und der Einsatz von EDV-gestützten Dokumentationsmöglichkeiten in einem Strukturierten Informationssystem (SIS) werden sukzessive kostenmindernde Wirkung und zudem zusätzliche Zeit für die Pflegekräfte am Bewohner entfalten. Mit der hohen Qualität
der Einrichtung hat sich die Belegung auf dem erforderlichen Niveau stabilisieren lassen. Die Finanzierung muss allerdings weiterhin Jahr für Jahr über kostendeckende Pflegesätze, die mit den Kostenträgern zu vereinbaren sind, sichergestellt werden.

Im Medizinischen Versorgungszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH soll der Bereich der Betriebsmedizin durch zusätzliches Personal aufgebaut werden.

Trotz aller zusätzlichen Herausforderungen sehen wir mittel- und langfristig mehr Chancen als Risiken. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch, dass auf der Kostenseite die Tarifsteigerungen im Personalbereich adäquat refinanziert und die geplanten Fallzuwächse erreicht werden.

## **Prognosebericht**

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat das Geschäftsjahr 2020 planmäßig begonnen. Die Bewerberzahlen sind weiterhin rückläufig. Jedoch sind weitere Kooperationen mit benachbarten Kliniken abgeschlossen worden, sodass wir mit einer Zunahme bzw. einer Stabilisierung auf dem Vorjahresniveau im Jahr 2020 rechnen.

Die Ergebnisse liegen bisher im Rahmen unserer Planung. Über den Ausbildungsfonds, das zusätzliche Ausbildungsbudget und den neuen Fonds für die Pflegeausbildung werden voraussichtlich die erforderlichen Finanzmittel zufließen.

Die Verhandlungen für das Ausbildungsbudget 2020 sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

Unsere Pflegeeinrichtung ist mit nahezu voller Belegung aller 80 Plätze in das Geschäftsjahr 2020 gestartet. Für 2020 haben wir mit Erträgen in Höhe von 4,5 Mio. € geplant. Unter zu Grunde Legung eines um 6 Vollkräfte höheren Personaleinsatzes mit Kosten von 2,96 Mio. € planen wir ein ausgeglichenes Ergebnis. Da die Entwöhnungseinrichtung der Klinikum Ingolstadt GmbH in 2020 geschlossen wird, entfällt die Leistungserbringung für diese Einrichtung durch die Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH. Nicht mehr benötigte personelle Kapazitäten werden dem Klinikum Ingolstadt im Rahmen der Bewältigung der Corona-Pandemie zur Verfügung gestellt bzw. stehen dem psychiatrischen Bereich zur Verfügung. Mit der modern ausgestalteten Immobilie am Klinikum hat das bedarfsorientiert geordnete Leistungsangebot einen hohen Qualitätszuwachs erfahren. Aufgrund des ansprechenden Arbeitsumfelds gehen wir davon aus, dass der Erhalt von qualifiziertem Pflegepersonal gesichert ist. Verbesserte Prozessabläufe und der Einsatz von IT-gestützten Dokumentationsmöglichkeiten in einem Strukturierten Informationssystem (SIS) werden sukzessive kostenmindernde Wirkung und zudem zusätzliche Zeit für die Pflegekräfte am Bewohner entfalten. Mit der hohen Qualität der Einrichtung hat sich die Belegung auf dem erforderlichen Niveau stabilisieren lassen. Die Finanzierung muss allerdings weiterhin Jahr für Jahr über kostendeckende Pflegesätze, die mit den Kostenträgern zu vereinbaren sind, sichergestellt werden.

Zur Abrundung des Angebots und als Unterstützung der Klinikum Ingolstadt GmbH ist eine Erweiterung der Leistungen im Bereich der Kurzzeitpflege nach wie vor wünschenswert.

Für 2020 haben wir ein der Morbiditätsentwicklung in der Region 10 entsprechendes Fallwachstum angestrebt. Anhand von individuellen Leistungsdaten und von erwarteten mikro- und makroökonomischen Rahmenbedingungen sowie der strategischen Ausrichtung des Leistungsportfolios haben wir

unsere Leistungsplanung mit den verantwortlichen Chefärzten abgestimmt. In wenigen Fachbereichen stellt die Zielerreichung der Planvorgaben eine Herausforderung dar.

Das Klinikum Ingolstadt plant im Wirtschaftsplan für 2020 im somatischen Bereich 39.290 Case-Mix Punkte (Vj. 38.078 CM-Punkte) und im psychiatrischen Bereich 116.400 Bewertungsrelationen, eine Betriebsleistung von 240,2 Mio. €, sowie einem Personalaufwand von 159,6 Mio. €. Der Wirtschaftsplan weist infolge der geplanten hohen Instandhaltungsaufwendungen von 9,2 Mio. € einen Jahresverlust von 6,4 Mio. € aus.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind für unser Klinikum bis heute nicht vollumfänglich abzuschätzen. Einhergehend mit der gesetzlichen Vorgabe der Einschränkung elektiver Patientenbehandlungen registrieren wir im März 2020 sowohl im ambulanten als auch stationären Leistungsspektrum deutliche Erlösrückgänge. Gleichzeitig steigen die Kosten für Maßnahmen, die ergriffen werden mussten, um eine Versorgung mit Covid-19 Patienten insbesondere auch mit Beatmung bei steigenden Infektionszahlen sicherzustellen und dabei den Schutz der eigenen Mitarbeiter zu gewährleisten, stark an. Hierbei wurden erhebliche Eingriffe in den Klinikalltag vorgenommen mit großen finanziellen Auswirkungen.

Dennoch gehen wir davon aus, dass durch die Unterstützung des Gesetzgebers z.B. im Rahmen des COVID19-Krankenhausentlastungsgesetzes und der Träger Stadt Ingolstadt und Bezirk Oberbayern im Rahmen der Satzung gemäß § 18 der Krankenhauszweckverband Ingolstadt die Sicherung der Liquidität eine Fortführung der Unternehmenstätigkeit jederzeit gewährleistet ist.

Bei 39.794 geplanten Patienten wird der Druck auf eine frühzeitige Entlassung aus der Klinik weiter zunehmen. Betten- und Entlassmanagement rücken damit weiter in den Vordergrund.

Es zeichnet sich allerdings ab, dass sich die gesteckten Ziele ggf. nur schwer erreichen lassen. Die für 2020 anvisierte Case-Mix-Summe wird zum Anfang des Jahres noch unterschritten.

Durch die Corona-Pandemie wird es zusätzlich erschwert die geplanten Leistungsziele bis zum Ende des Jahres zu erreichen. Eine teilweise Kompensation ist durch die Ausgleichszahlungen mit 560 €/Behandlungstag gewährleistet.

Insgesamt ist aufgrund der noch nicht absehbaren Wiederaufnahme des vollen Betriebs eine Prognose für die Geschäftsentwicklung nur eingeschränkt möglich. Unabhängig davon bestehen große Herausforderungen in der Ausgestaltung des medizinischen Leistungsportfolios. Die Etablierung der Alterstraumatologie und die Wiederbelebung der Pulmologie werden sich positiv auf die Leistungsentwicklung auswirken.

Im Medizinischen Versorgungszentrum der Klinikum Ingolstadt GmbH gehen wir aufgrund der vorgenommenen Maßnahmen und der erstellten Fortführungsprognose zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung noch von einem Jahresergebnis von ca. 0,1 Mio. EUR aus. Dabei wurden neben geplanten Steigerungen der Kassenleistungen auch steigende Personalkosten berücksichtigt. Der Verlauf der SARS-COV-2-Epidemie ist in seinen Auswirkungen jedoch nicht vorhersehbar.

Im Jahr 2020 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis des Konzerns im Wesentlichen durch das Fallaufkommen sowie die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge und der grundsätzlichen Entwicklung des Entgeltsystems im Gesundheitswesen beeinflusst werden.

Infolge des hohen Instandhaltungsbedarfs wird in den nächsten Jahren mit einem negativen Konzernergebnis gerechnet.

Ingolstadt, 22. Juni 2020

Monika Röther Geschäftsleiterin Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019

	EUR	EUR
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und		
ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.701.525,00	1.794.726,00
Geschäfts- oder Firmenwert	343,00	598,00
	1.701.868,00	1.795.324,00
Sachanlagen		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten		
einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	172.270.345,11	179.517.350,12
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einsch	3.155.101,61	3.358.470,61
Grundstücke und grundstücksgleiche Recht ohne Bauten	51.700,10	51.700,10
Technische Anlagen Einrichtungen und Ausstattungen	9.162.540,00 17.001.878,00	9.775.800,00 17.110.513,00
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15.833.116,27	9.174.803,10
	217.474.681,09	218.988.636,93
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen Beteiligungen	80.000,00 45.500,00	80.000,00 25.500,00
	125.500,00	105.500,00
	219.302.049,09	220.889.460,93
Umlaufvermögen		
Vorräte	0.000.000.00	2 500 400 04
Roh-,Hilfs- u. Betriebsstoffe Unfertige Leistungen	3.083.523,20 5.247.436,90	2.588.109,91 5.016.355,97
_	8.330.960,10	7.604.465,88
46 : 534 State Attack		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	63.514.685,24	53.413.375,55
Forderungen an Gesellschafter bzw. Träger der Einrichtung	0,00	0,00
Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	14.592.672,15	3.124.390,36
Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	2.491.177,55	3.196.620,45
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein	0.704.04	7.000.04
Beteiligungsverhältnis besteht Sonstige Vermögensgegenstände	3.784,84 759.690,47	7.880,01 6.429.142,91
_	81.362.010,25	66.171.409,28
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.126.282,16	6.976.086,09
Carried and another than	2.126.282,16	6.976.086,09
	91.819.252,51	80.751.961,25
Rechnungsabgrenzungsposten	2.057.523,03	1.740.438,95
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	271.250,84	318.544,81
	1110010-1	0.000
=	313.450.075,47	303.700.405,94

ras	siva	EUR	Vorjah EUR
A.	Eigenkapital	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
1.	Gezeichnetes Kapital	2,000,000,00	2.000.000,00
II.	Kapitairücklage	70.610.664.62	70.610.664.62
11.	Verlustvortrag	11.346.607,79	12.466.750,48
		1,000	
v.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2.900.255,20	-1.120.142,69
		86.857.527,61	83.957.272,41
	Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des		
3.	Sachanlagenvermögens	148.720.040,18	146.890.064,93
<b>3</b> .	Rückstellung		
	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.000.050.70	4 000 005 04
	Steuerrückstellungen	5.986.352,72 0.00	4.820.635,84
	Sonstige Rückstellungen	37.330.418.40	0,00 36.155.341,28
	- The sign of the	37.330.416,40	30.133.341,28
		43.316.771,12	40.975.977,12
).	Verbindlichkeiten		
	Verbindl.gegenüber Kreditinstituten	0.00	1.289.822,99
	Erhaltene Anzahlungen	2.470.002,28	2.185.594.12
ı.	Verbindl, aus Lieferungen und Leistungen	5.523.534,35	6.272.290,39
/.	Verbindl. gegenüber Gesellschaftern bzw. dem Träger der Einrichtung	12.900.000,00	7.500.000,00
	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2.226.987,07	3.939.542,64
	Verbindl.gegenüber verbundenen Unternehmen	857.295,20	831.310,31
	Sonstige Verbindlichkeiten	9.961.343,71	9.217.161,36
	davon aus Steuem: EUR 1.887.973,32 (VJ: T€ 1.854)		
	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 5.989,35 (VJ: T€ 0)		
		33.939.162,61	31.235.721,81
	Rechnungsabgrenzungsposten	616.573,95	641.369,67

## Konzern Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt Gewinn- und Verlustrechnung für 2019

		EUR	Vorjahr EUR
<ol> <li>Umsatzerlöse</li> <li>Erhöhung des Bestandes an fertig</li> <li>Andere aktivierte Eigenleistungen</li> <li>Zuweisungen u. Zuschüsse der ö</li> <li>Sonstige betriebliche Erträge</li> </ol>		238.842.359,62 231.080,93 93.629,59 2.040.087,73 27.426.634,52	216.172.547,95 799,03 78.688,77 1.924.121,32 30.278.439,02
		268.633.792,39	248.454.596,09
Materialaufwand     a) Aufwand für Roh-, Hilfs-, und B     b) Aufwand für bezogene Leistung		43.941.990,38 9.308.225,90	38.050.380,69 8.217.882,17
		53.250.216,28	46.268.262,86
7. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwende	ungen	130.611.923,10 31.504.302,27	122.837.717,12 29.242.174,52
		162.116.225,37	152.079.891,64
<ol> <li>Abschreibung auf immaterielle Vermögensgeger auf Vermögensgegenstände. des</li> </ol>		16.311.654,93	15.882.886,65
		16.311.654,93	15.882.886,65
9. sonstige betriebliche Aufwendung	en	32.133.511,67	33.516.231,71
Zwischenergebnis		4.822.184,14	707.323,23
10. Erträge aus Beteiligungen		0,00	57.732,85
11. Aufwendungen aus Verlustüberna	hme	5.613,82	0,00
12. sonstige Zinsen und ähnliche Errt	äge	98.844,85	145.948,45
13. Zinsen und ähnliche Aufwendunge	en	1.992.970,39	1.947.959,48
14. Steuern vom Einkommen und Ertr	ag	684,68	659,39
15. Ergebnis nach Steuern		2.921.760,10	-1.037.614,34
16. sonstige Steuern		21.504,90	82.528,35
17. Jahresüberschuss (Vj. Jahresfe	hlbetrag)	2.900.255,20	-1.120.142,69

## Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

#### **KONZERNANHANG**

## FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

#### I. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2019 des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt, wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt, ist gemäß § 13 PublG i.V.m. § 290 ff. HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Berichtsjahr nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Der Konzern betreibt neben dem Krankenhaus ein Alten- und Pflegeheim, sowie ein Medizinisches Versorgungszentrum. Die Gliederung der Bilanz und GuV ist nach den allgemeinen Vorschriften des HGB erfolgt. Die Bilanz wurde entsprechend § 265 Abs. 5 HGB um den Posten "Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens" erweitert.

#### II. ANGABEN ZUM KONSOLIDIERUNGSKREIS

Folgende Tochterunternehmen wurden im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen:

Name und Sitz:	Stammkapital:	Anteil am Kapital:
Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt 1)	6.000.000,00€	100 %
Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt <sup>2)</sup>	25.000,00 €	100 %
Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt <sup>2)</sup>	25.000,00 €	100 %

Folgende Tochterunternehmen werden wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gem. § 13 Abs. 2 PublG i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss mit einbezogen, da die Gesellschaften vergleichsweise geringe Erträge erwirtschaften und nur über unbedeutendes Vermögen verfügen.

Name und Sitz:	Stammkapital:	Anteil am Kapital:
Beteiligungsgesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt <sup>2)</sup>	25.000,00 €	100 %
Betreibergesellschaft Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt <sup>2)</sup>	25.000,00 €	100 %
Ambulante Pflege- und Nachsorge Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt <sup>2)</sup>	25.000,00 €	100 %
Dienstleistungs- und Gebäudemanagement Klinikum Ingolstadt GmbH, Ingolstadt <sup>2)</sup>	25.000,00 €	100 %
Kardio-CT GmbH & Co. KG, Ingolstadt 2)	30.000,00€	100 %
CT 64 Verwaltungs-GmbH, Ingolstadt 2)	25.000,00 €	100 %

Die Klinikum Ingolstadt GmbH ist nach § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Teilkonzernabschluss zu erstellen, nimmt aber die Befreiung nach § 11 Abs. 6 PublG i. V. m. § 291 HGB in Anspruch. Befreiende Wirkung hat der Konzernabschluss des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt, Ingolstadt.

#### III. KONSOLIDIERUNGSMETHODEN

Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen werden unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum gleichen Bilanzstichtag aufgestellt wie der des Mutter- unternehmens.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurde der Wertansatz der dem Mutterunternehmen gehörenden Anteile an den einbezogenen Tochterunternehmen mit dem auf diese Anteile entfallenden Betrag des Eigenkapitals der Tochterunternehmen verrechnet. Das Eigenkapital wurde dabei nach § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. mit dem Buchwert angesetzt. Die Verrechnung erfolgte auf Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des erstmaligen Erwerbs der Anteile.

Bei der Verrechnung der Wertansätze der Anteile der Tochterunternehmen mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital ergaben sich aktive Unterschiedsbeträge. Diese Unterschiedsbeträge resultierten aus Kosten der Umgründung im Jahr 2005, die als Anschaffungsnebenkosten bei den Anteilen an den Tochterunternehmen aktiviert wurden. Da die Ursache für diese Unterschiedsbeträge nicht in der Aufdeckung von stillen Reserven lag, erfolgte keine Zuschreibung bei den Wertansätzen der Vermögensgegenstände, sondern eine Verrechnung mit den Rücklagen. Aktive Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung wurden gemäß § 309 Abs. 1 Satz 3 HGB a. F. von den Rücklagen abgesetzt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten wurden aufgerechnet, ebenso die konzerninternen Erträge und Aufwendungen.

Zwischenergebnisse wurden aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht eliminiert.

#### IV. ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die im Folgenden dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich mit dem Vorjahr unverändert angewandt.

Entgeltlich von Dritten erworbene <u>immaterielle Vermögensgegenstände</u> des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und über den Zeitraum der betriebsgewöhnlichen Nutzung linear abgeschrieben.

Das <u>Sachanlagevermögen</u> wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich Nebenkosten, vermindert um lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungssätze richten sich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 250,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Für Geringwertige Wirtschaftsgüter von über Euro 250,00 bis Euro 1.000,00 wurde ein Sammelposten gebildet, der über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben wird.

Die durchschnittliche Nutzungsdauer pro Anlagenklasse gliedert sich wie folgt:

Anlageposition Nutzungsdauer

Immaterielle Vermögensgegenstände 5 Jahre

Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten, einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken 0 - 50 Jahre

<sup>1)</sup> Direkte Beteiligung

<sup>2)</sup> Indirekte Beteiligung

Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten

einschl. der Wohnbauten auf fremden Grundstücken 0 – 33 Jahre

Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten keine Abschreibung

Technische Anlagen und Maschinen 5 – 50 Jahre

Einrichtungen und Ausstattungen 5 – 15 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter 5 Jahre

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bewertung der Gegenstände des <u>Vorratsvermögens</u> erfolgt zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Die <u>unfertigen Leistungen</u> betreffen Fallpauschalenpatienten, die über die Jahreswende im Krankenhaus betreut wurden, jedoch zum Bilanzstichtag nicht abgerechnet werden konnten. Die erbrachte Teilleistung, die auf das Berichtsjahr entfällt, ist verlustfrei nach der Bilanzierungsvorgabe der Bayerischen Krankenhausgesellschaft bewertet.

Die <u>Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände</u> werden mit dem Nennwert angesetzt. Pauschaloder Einzelwertberichtigungen sind im erforderlichen Umfang gebildet worden.

Die Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nominalwerten bilanziert.

Die aktiven <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u> betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen. Diese werden mit dem Nennwert angesetzt. Die Auflösung des Postens erfolgt linear entsprechend dem Zeitablauf.

Der <u>aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</u> resultiert aus der Saldierung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB von Altersversorgungsverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB). Bei den Vermögensgegenständen handelt es sich um Wertpapiere.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Die <u>Sonderposten aus Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens</u> betreffen entsprechend den Vorgaben der KHBV die erhaltenen Fördermittel für Investitionen. Diese werden um die bereits angefallenen Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter vermindert.

Bei der <u>Bewertung der Pensionsverpflichtungen</u> wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie jährliche Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt.

Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem von der deutschen Bundesbank im Monat Dezember 2019 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs 2 Satz 2 HGB).

Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 10 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2019 2,71 %, während er sich im Vorjahr auf 3,21 % belief. Der Zinssatz auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen 7 Jahre beträgt zum 31. Dezember 2019 1,97 % (Vj. 2,32 %).

Die <u>Beihilferückstellungen</u> wurden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens bewertet. Die Berechnung wurde unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Zudem wurden die Sterbetafeln nach Heubeck aus dem Jahr 2018 verwendet. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre von 1,97 % (Vj. 2,32 %) und berücksichtigte außerdem eine Dynamik der Beihilfeleistungen von 2 %.

Die <u>Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen</u> werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten vorgenommen. Die Bewertung erfolgte unter Zugrundelegung mit dem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,97 % (Vj. 2,32 %) und berücksichtigte zudem das vorzeitige Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis unverändert gegenüber dem Vorjahr mit 4,4 %. Der Gehaltstrend wurde mit 2 % berücksichtigt. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die "Richttafeln 2018 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Die <u>Altersteilzeitrückstellung</u> wurde entsprechend der Vorgaben des IDW RS HFA 3 gebildet. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Zinssatz über die noch verbleibende Restlaufzeit der Rückstellung. Des Weiteren wurde bei der Bemessung der Rückstellung ein Lohn- und Gehaltssteigerungstrend von 2 % p. a. angenommen.

Die übrigen <u>sonstigen Rückstellungen</u> werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergibt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die <u>passiven Rechnungsabgrenzungsposten</u> werden mit dem Nennwert angesetzt und betreffen Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen. Die Auflösung erfolgt linear entsprechend der Laufzeit.

#### V. ANGABEN ZUR KONZERNBILANZ

Die Entwicklung der in der Bilanz erfassten Anlagegegenstände ist im Anlagenspiegel (Anlage) dargestellt.

#### **Anteilsbesitz**

Name	Sitz	Beteiligungsquote %	Eigenkapital EUR	Jahresergebnis EUR
Elisabeth Hospiz GmbH	Ingolstadt	26	502.251,66*	59.120,65*
SAPV Region 10 GmbH	Ingolstadt	26	1.577.439,50*	398.065,61*
GPI Gesundheitspartner IngolStadtLandPlus GmbH	Ingolstadt	20	18.358,76	422,03

<sup>\*</sup>Angaben per 31.12.2018

Die <u>Forderungen gegen verbundene Unternehmen</u> betreffen in Höhe von TEUR 184 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die <u>Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis</u> besteht betreffen ausschließlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Unter der Position D. Aktiver <u>Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</u> wurden die Wertguthaben für Langzeitarbeitskonten in Höhe von TEUR 2.664 (ursprüngliche Anschaffungskosten in Höhe von TEUR 2.521) nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Rückstellungen in Höhe von TEUR 2.393 verrechnet. Die Bewertung der in Wertpapieren verbrieften Wertguthaben erfolgte zum Kurswert am Bilanzstichtag. Es wurden TEUR 257 Erträge mit TEUR 304 Aufwendungen verrechnet.

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist im Konzerneigenkapitalspiegel dargestellt.

## Pensionsrückstellungen

Für die Beamten mit Versorgungszusagen vor dem 1. Januar 1987 (Altzusagen) wurden in Ausübung des Wahlrechts nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB im Geschäftsjahr 2019 lediglich Zuführungen zu den Rückstellungsbeträgen des Vorjahres bis zu 47 % des Erfüllungsbetrages (Münchner Modell) gebucht.

Die Neuzusagen werden zum Erfüllungsbetrag passiviert. Für die aufgrund erstmaliger Anwendung der Bewertungsgrundsätze des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes notwendige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zum 01.10.2010 wurde das Wahlrecht in Art. 67 Abs. 1 EGHGB in Anspruch genommen. Der Zuführungsbetrag wird über 15 Jahre angesammelt. Die gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen betragen TEUR 105.

	durchschnittlicher Marktzins		rktzins
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR
Pensionsrückstellungen	5.986	1.280	7.266
davon			
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	1.634	461	2.095
nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	1.743	-89	1.654
Erfüllungsbetrag	3.377	372	3.749
davon			
Neuzusagen passivierter Wert	4.352	819	5.171
noch nicht bilanzierter Wert Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB	105	0	105
Erfüllungsbetrag	4.457	819	5.276

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 1.280.

Für diesen Unterschiedsbetrag (TEUR 1.280) und den gemäß Art. 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Zuführungsbetrag (TEUR 105) besteht grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

#### Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen:

Rückstellung für Beihilfe-Aufwendungen	4.147 TEUR
Rückstellung f. Umlagezahlungen	7.190 TEUR
Altersteilzeit	2.104 TEUR
Übrige Personalrückstellungen	13.165 TEUR
Rückstellung für Erlösberichtigungen	7.990 TEUR

Die <u>Rückstellung für Umlagezahlungen</u> beinhaltet die Verpflichtung gegenüber der Versorgungskasse, die für die Beamtenversorgung ab dem Pensionsbeginn geleistet werden muss.

	durchschnittlicher Marktzins		
	letzte 10 Jahre	Delta	letzte 7 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR
Umlagerücksteilungen			
Altzusagen passiviert nach Münchner Modell	7.190	775	7.965
nicht passivierter Wert gem. Art. 28 Abs. 2 HGB	8.108	874	8.982
Erfüllungsbetrag	15.298	1.649	16.947
davon frühere Organmitglieder	2.044	186	2.230

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Umlagezahlungen an die Versorgungskasse mit dem

durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 775. Für diesen Unterschiedsbetrag gilt grundsätzlich eine dauerhafte Ausschüttungssperre. Da die frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, greift die Ausschüttungssperre jedoch nicht. (§ 253 Abs. 6 HGB).

Unter den <u>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter</u> ist das von der Stadt Ingolstadt gewährte Darlehen von TEUR 12.900 ausgewiesen.

Die <u>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen</u> betreffen in Höhe von TEUR 407 Leistungsverbindlichkeiten.

Die <u>Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht</u> betreffen noch nicht verbrauchte Fördermittel und Verbindlichkeiten nach dem KHEntgG.

In den <u>sonstigen Verbindlichkeiten</u> ist die Darlehensgewährung des Zweckverbandes Müllverwertungsanlage Ingolstadt mit TEUR 7.380 enthalten.

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit wurden die Angaben im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten in einem Verbindlichkeitenspiegel zusammengefasst dargestellt.

			Restlaufzeit			
			11.1 4 . 1-1		davon	
			kleiner 1 Jahr	größer 1 Jahr	größer 5 Jahre	
		EUR	EUR	EUR	EUR	
1.	Verbindlichkeiten					
	gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	(Vj.	1.289.822,99	1.233.123,10	56.699,89	29.545,26)	
2.	Erhaltene Anzahlungen	2.470.002,28	2.470.002,28			
	(Vj.	2.185.594,12	2.185.594,12)			
3.	Verbindlichkeiten aus					
l	Lieferungen und Leistungen	5.523.534,35	5.523.534,35			
	(Vj.	6.272.290,39	6.272.290,39)			
4.	Verbindlichkeiten gegenüber		-			
	Gesellschaftern	12.900.000,00	6.600.000,00	6.300.000,00		
	(Vj.	7.500.000,00	600.000,00	6.900.000,00)		
5.	Verbindlichkeiten nach dem					
	Krankenhausfinanzierungsrecht	2.226.987,07	2.226.987,07			
	(Vj.	3.939.542,64	3.939.542,64)			
6.	Verbindlichkeiten gegenüber					
	verbundenen Unternehmen	857.295,20	507.295,20	350.000,00		
	(Vj.	831.310,31	831.310,31)			
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	9.961.343,71	3.051.343,71	6.910.000,00	5.030.000,00	
L	(Vj.	9.217.161,36	2.917.161,36	6.300.000,00	4.900.000,00)	
		33.939.162,61	20.379.162,61	13.560.000,00	5.030.000,00	

## VI. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Umsatzerlöse von TEUR 238.842 (Vj TEUR 216.173) gliedern sich in folgende Bereiche:

Erlöse aus Krankenhausleistungen
Erlöse aus Pflegeleistungen
Praxiseinnahmen
TEUR 208.745 (Vj TEUR 196.707)
TEUR 4.112 (Vj TEUR 3.878)
TEUR 2.081 (Vj TEUR 1.923)
TEUR 23.905 (Vj TEUR 13.665)

Die sonstigen Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, Erlöse aus Apothekenlieferungen an andere Krankenhäuser, Umsätze aus Küche und Casino. Sie betreffen in Höhe von TEUR 5.972 (Vorjahr TEUR 581) Vorjahre.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 471 (Vj TEUR 1.309) enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in Höhe von TEUR 685 (Vorjahr TEUR 1.849) periodenfremd und betreffen insbesondere Rückstellungsdotierungen für Rechnungskürzungen. Ferner enthalten sind Rechts- und Beratungskosten für die Aufklärung von Unregelmäßigkeiten in Höhe von TEUR 193 (Vorjahr TEUR 119)

Für Aufwendungen aus der Anwendung der Art. 66 und 67 Abs. 1 bis 5 EGHGB hinsichtlich der Dotierung der Pensionsrückstellungen sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wie im Vorjahr TEUR 21 gebucht.

In den Zinserträgen sind Beträge in Höhe von TEUR 74 (Vj TEUR 71) aus der Abzinsung von Personalrückstellungen enthalten.

Bei den Zinsaufwendungen sind TEUR 1.820 (Vj TEUR 1.702) aus der Aufzinsung von Personalrückstellungen enthalten.

#### VII. SONSTIGE ANGABEN

## Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Miet-, Wartungs- und Leasingverträgen, die nicht in der Bilanz enthalten sind, beträgt TEUR 9.940.

Diese gliedern sich wie folgt:

bis 1 Jahr
 2 bis 5 Jahre
 5.863 TEUR
 4.077 TEUR

#### Haftungsverhältnisse

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (ZVK Bayern). Diese mittelbaren Versorgungszusagen werden in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EG-HGB nicht passiviert. Die ZVK Bayern ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zweck dieser Anstalt ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird durch Beiträge finanziert.

Mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft aus der Subsidiärhaftung des Arbeitgebers ist nicht ernsthaft zu rechnen, da bereits Vermögen in erheblichem Umfang aufgebaut wurde und die ZVK Bayern eine stabile Anzahl von Beteiligten aufweist.

Der Konzern Krankenhauszweckverband Ingolstadt ist Mitglied im Abrechnungsverband I sowie im Abrechnungsverband II der ZVK Bayern.

Im Abrechnungsverband I sind diejenigen Beschäftigten versichert, die vor dem 01.01.2009 eingestellt wurden. Der Beitrag setzt sich hier aus zwei Komponenten zusammen, einer Umlage in Höhe von 3,75 % sowie einem Zusatzbeitrag in Höhe von 4,00 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Mit dem Zusatzbeitrag wird der Umstieg der ZVK Bayern von einem umlagefinanzierten auf ein kapitalgedecktes System finanziert. Der Zusatzbeitrag wurde erstmals 2003 in Höhe von 2,00 % erhoben und stieg bis zum Jahr 2007 auf 4,00 % an, wo er seitdem verblieb. Im Jahr 2013 erfolgte eine Absenkung des Umlagesatzes im Abrechnungsverband I der ZVK Bayern von 4,75 % auf 3,75 %. Die ZVK Bayern verfügt über die Option, den Umlagesatz in den kommenden Jahren darüber hinaus stufenweise abzusenken.

Zudem ist für Beschäftigte, deren Entgelt im Dezember 2001 oberhalb der Vergütungsgruppe I BAT lag, eine Zusatzumlage in Höhe von 9,00 % des das 1,133-fache des Betrags der Entgeltgruppe 15 Stufe 6 TVöD/VKA West übersteigenden Entgelts zu zahlen.

Im Abrechnungsverband II sind diejenigen Beschäftigten versichert, die ab dem 01.01.2009 neu eingestellt wurden. Dies ist Arbeitgebern aus den Bereichen Krankenhaus, Pflege, Behinderten- und Jugendhilfe möglich. Darüber hinaus sind alle Beschäftigten der Alten- und Pflegeheim Klinikum Ingolstadt GmbH, ungeachtet ihres Einstellungsdatums, im Abrechnungsverband II versichert. Der Beitrag im Abrechnungsverband II beläuft sich auf 4,80 %; die Anwartschaften werden kapitalgedeckt finanziert.

Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter TEUR 114.929 (Vj. TEUR 107.311).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Bayerischen Versorgungsverband eine selbstschuldnerische Bürgschaft für die Verbindlichkeiten übernommen, die sich aus der freiwilligen Mitgliedschaft der Klinikum Ingolstadt GmbH ergeben.

Die Klinikum Ingolstadt GmbH hat von der Bayerischen Landesstiftung München einen Zuschuss von TEUR 150 für die Errichtung eines stationären Hospizes erhalten. Zur Absicherung für die Dauer der Zweckbindung hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hierzu eine Bürgschaft in gleicher Höhe übernommen. Der Zuschuss ist per 31. Dezember 2019 noch mit TEUR 88 (Vj. TEUR 92) valutiert (Zweckbindungsdauer 25 Jahre bis 2034).

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat für die Wertguthaben der Altersteilzeitarbeitnehmer der Klinikum Ingolstadt GmbH, sowie sämtlicher 100 % - Tochtergesellschaften der Klinikum Ingolstadt GmbH, eine Ausfallbürgschaft bis zu einem Höchstbetrag von 1,1 Mio. EUR übernommen.

Zur Besicherung von Darlehen der Klinikum Ingolstadt GmbH wurde eine Buchgrundschuld in Höhe von TEUR 18.500 eingetragen, über eine Zweckbindungserklärung sind Darlehen von der Müllverwertungsanlage die Ende 2019 mit TEUR 6.300 (Vj. TEUR 6.650) valutieren, damit besichert.

Für die Errichtung von 21 Pflegeplätzen im früheren Pflegeheim wurden Fördermittel von der Regierung von Oberbayern gewährt, die über die Bayerische Landesbodenkreditanstalt ausbezahlt wurden. Diese Fördermittel wurden auf das neue Pflegeheim am Klinikum übertragen. Als Sicherheit wurde zugunsten der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt eine Grundschuld von EUR 322.140 auf das Erbbaurecht der Heilig-Geist-Spital-Stiftung bestellt. Bis zur Eintragung dieser Grundschuld wurde zusätzlich eine Bürgschaft von der Sparkasse Ingolstadt an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt in Höhe von EUR 236.236,00 gewährt.

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der genannten Bürgschaften und Grundschulden schätzen wir auf Grund der gegenwärtigen Bonität und des Zahlungsverhaltens der Begünstigten in der Vergangenheit als sehr gering ein; Anhaltspunkte für eine andere Beurteilung liegen uns derzeit nicht vor.

Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt hat gegenüber dem Freistaat Bayern eine Bürgschaft für Förderleistungen, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt wurden, in Höhe von EUR 70.818.230,-- übernommen. Diese Bürgschaft ist derzeit mit EUR 5,1 Mio. (Vj. EUR 5,7 Mio.) valutiert.

Bezüglich der Fördermittel für die Generalsanierung, die an die Klinikum Ingolstadt GmbH gewährt werden, hat der Krankenhauszweckverband Ingolstadt für den Bauabschnitt 1 in 2015 eine weitere Bürgschaft in Höhe von EUR 66.990.000,-- gegenüber dem Freistaat Bayern übernommen. Davon wurden bisher Fördermittel in Höhe von EUR 38.330.000,-- ausbezahlt. Für den Bauabschnitt 2 wurde in 2017 eine Bürgschaft von EUR 35.532.400,-- übernommen, die ausbezahlten Fördermittel betragen zum 31.12.2019 EUR 3.630.000,--.

Mit Kauf der Reiser-Klinik wurden die von der Regierung von Oberbayern gewährten Fördermittel übernommen. Zur Absicherung besteht eine Grundschuld zugunsten des Freistaates Bayern in Höhe von EUR 6.646.794,45. Der Restbuchwert dieser Fördermaßnahme beträgt zum Bilanzstichtag EUR 2.859.138 (Vj. EUR 3.037.835).

Da diese Fördermittel zweckentsprechend verwendet werden, ist eine Inanspruchnahme dieser Bürgschaften und Grundschuld nicht wahrscheinlich.

## Honorar der Abschlussprüfung für Konzern + Abschlüsse der Tochtergesellschaften

Das für das Geschäftsjahr 2019 von der Prüfungsgesellschaft berechnete Gesamthonorar von TEUR 103 brutto betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

#### Belegschaft

Im Jahresdurchschnitt 2019 wurden 2.590 Personen (Vj 2.592 Personen) beschäftigt, die sich wie folgt verteilen:

	2019_	2018_
Ärzte	396	382
Pflegedienst	998	1.003
MTA	341	335
Funktionsdienst	303	288
Klinisches Hauspersonal	68	82
Wirtschafts- u.	157	173
Versorgungsdienst		
Technischer Dienst	59	58
Verwaltungsdienst	192	192
Personal d. Ausbildungsstätten	55	58
Sonderdienste	14	15
Medizintechnik	7	6
	2.590	2.592

#### Organe der Gesellschaft

## Zweckverbandsversammlung

Sie besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, dem Bezirkstagspräsidenten des Bezirks Oberbayern und 28 weiteren Verbandsräten.

#### Zweckverbandsausschuss

#### Ausschussvorsitzender:

Dr. Christian Lösel Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt (bis 30.04.20)
Dr. Christian Scharpf Oberbürgermeister d. Stadt Ingolstadt (ab 01.05.20)

stelly. Vorsitzender:

Josef Mederer Bezirkstagspräsident Albert Wittmann Stadtrat, Pensionär

Dr. Anton Böhm Stadtrat, Arzt (bis 06.05.20)
Georg Niedermeier Stadtrat, Lehrer (bis 06.05.20)

Dorothea Soffner Stadträtin, Dipl. Kauffrau (bis 06.05.20)

Dr. Gerd Werding Stadtrat, Arzt (bis 06.05.20)

Petra Volkwein Stadträtin

Patricia Klein Stadträtin, Dipl. Rechtspflegerin
Hans Süßbauer Stadtrat, Kriminalbeamter a.D.

Dr. Manfred Schuhmann Stadtrat, Oberstudienrat (ab 07.05.20)

Dr. Christoph Spaeth Stadtrat, Arzt (ab 07.05.20)

Hans Stachel Stadtrat, Unternehmer (ab 07.05.20)
Raimund Köstler Stadtrat, Informatiker (ab 07.05.20)
Ludwig Bayer Bezirksrat, Landwirtschaftsmeister

Joachim Siebler Bezirksrat, Berufsschullehrer

Den Mitgliedern des Zweckverbandsausschusses und der Zweckverbandsversammlung wurden Vergütungen in Höhe von TEUR 11,3 bezahlt.

#### Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung lag ab dem Geschäftsjahr 2019 bei:

Monika Röther, Geschäftsleiterin

Die Angabe der Organbezüge unterbleibt in analoger Inanspruchnahme des § 286 Abs. 4 HGB.

### Gewinnverwendungsvorschlag des Mutterunternehmens

Die Geschäftsleitung des Mutterunternehmens schlägt vor, den Jahresüberschuss 2019 des Mutterunternehmens von EUR 224.000,16 zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von EUR 3.550.167,95 auf neue Rechnung vorzutragen.

#### **Nachtragsbericht**

Seit Januar 2020 verbreitet sich das Coronavirus in Deutschland immer weiter. Die Klinikum Ingolstadt GmbH als Schwerpunktversorger trägt hier eine besondere Verantwortung. So wurden seit Mitte März alle elektiven Patientenbehandlungen auf spätere Zeitpunkte verschoben um zum einen Kapazitäten für die akute Grundversorgung und zum anderen für die von der Pandemie betroffenen Patienten vorhalten zu können. Hierdurch können zahlungswirksame Verluste entstehen, die sich erheblich belastend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Klinikum Ingolstadt GmbH und der Tochterfirmen auswirken.

Im Krankenhauszweckverband Ingolstadt sind durch die Corona-Pandemie die bisherigen Planungen insgesamt nicht mehr einzuhalten. Eine verlässliche Ergebnisprognose ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Die Geschäftsführung der Klinikum Ingolstadt GmbH geht jedoch davon aus, dass die durch den Gesetzgeber bereits getroffenen Maßnahmen in Form des "COVID19-Krankenhausentlastungsgesetz" die wirtschaftlichen Folgen für Krankenhäuser zumindest teilweise auffangen werden.

Auf Basis der aktualisierten Planungen gehen wir davon aus, dass die verfügbare Liquidität ausreicht die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften jederzeit aufrecht zu erhalten.

Ingolstadt, 22. Juni 2020

Krankenhauszweckverband Ingolstadt Geschäftsleitung Monika Röther Anlagennachweis zum 31.12.2019

Antagennachwers zum 31.1	Entwicklung	der Ansch	affungswe	rte		der Abschreibung						
Bilanz- position Anlagengruppen	Anfangsstand €	Zugang	Umbuchungen €	Abgang	Endstand	Anfangsstand €	Abschr. d. Ge- schäftsjahres €	Umbuchg.	Entnahme für Abgänge €	Endstand	Restbuchwerte Stand 31.12.19 €	Restbuchwerte Stand 31.12.18
					,				-	-		•
A I Immaterielle Vermögensgegenstände     Entgeltlich erworbene Konzessionen,     gewerbliche Schutzrechte und ähnliche     Rechte und Werte sowie Lizenzen an	12.630.959,19	548.001,16	91.921,72	5.435,74	13.265.446,33	10.836.233,19	732.780,88	0,00	5.435,74	11.563.578,33	1.701.868,00	1.794.726,00
solchen Rechten und Werten			,									
2. Geschäfts- oder Firmenwert	988.837,72	0,00	0,00	0,00	988.837,72	988.239,72	598,00	0,00	0,00	988.837,72	0,00	598,00
Summe A I	13.619.796,91	548.001,16	91.921,72	5.435,74	14.254.284,05	11.824.472,91	733.378,88	0,00	5.435,74	12.552.416,05	1.701.868,00	1.795.324,00
A If Sachanlagen				V	6119	76.6			-			-
Grundstücke und grundstücksgleiche     Rechte mit Betriebsbauten einschließlic     der Betriebsbauten auf fremden Grund- stücken		2.245.322,46	2.023,00	104.472,56	348.941.529,98	167.281.306,96	9.462.142,47	0,00	72.264,56	176.671.184,87	172.270.345,11	179.517.350,12
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich	6.876.253,26	0,00	0,00	0,00	6.876.253,26	3.517.782,65	203.369,00	0,00	0,00	3.721.151,65	3.155.101,61	3.358.470,61
der Wohnbauten auf fremden Grundstüc 3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	ken 51.700,10	0,00	0,00	0,00	51.700,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	51.700,10	51.700,10
4. Technische Anlagen und Maschinen	31.690.789,52	121.268,36	212.669,91	0,00	32.024.727,79	21.914.989,52	947.198,27	0,00	0,00	22.862.187,79	9.162.540,00	9.775.800,00
5. Einrichtungen und Ausstattungen	77.930.586,05	4.839.870,80	41.506,51	3.679.594,99	79.132.368,37	60.820.073,05	4.965.566,31	0,00	3.655.148,99	62.130.490,37	17.001.878,00	17.110.513,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.174.803,10	7.006.434,31	-348.121,14	0,00	15.833.116,27	0,00	0,00	0,00		0,00	15.833.116,27	9.174.803,10
Summe A II	472.522.789,11	14.212.895,93	-91.921,72	3.784.067,55	482.859.695,77	253.534.152,18	15.578.276,05	0,00	3.727.413,55	265.385.014,68	217.474.681,09	218.988.636,93
A III Finanzanlagen	-										- "	
Anteile an verbundenen Unternehmen	80.000,00	0,00	0,00	0,00	80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	00.000.00	00 000 00
2. Beteiligungen	25.500,00	20.000,00	0,00	0,00	45.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	80.000,00 45.500,00	80.000,00 25.500,00
Summe A III	105.500,00	20.000,00	0,00	0,00	125.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	125.500,00	105.500,00
Summe A I bis A III	486.248.086,02	14.780.897,09	0,00	3.789.503,29	497.239.479,82	265.358.625.09	16.311.654,93	0,00	3.732.849,29	277.937.430,73		

Konzern-Kapitalflussrechnung für 2019	21 2019	2049
		2018
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2.900.255	-1.120.143
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	16.311.655	15.882.402
+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	595.290	663.677
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge Erträge Auflösung Sonderposten	-11.959.731	-11.285.907
-/+ Gewinn/Verlust aus Anlagenabgängen	44.549	20.618
-/+ Zunahme/Abnahme der		
Vorräte Forderungen u. sonst.Vermögensg.	-726.494 -21.110.601	-272.747 -1.946.431
sonstige Aktiva (ARAP,akt.Unterschiedsb.)	-269.790	-1.093.912
+/- Zunahme/Abnahme der		
Verbindlichkeiten/Sonderposten sonstigen Passiva (PRAP)	126.677 -24.796	-5.930.801 -23.326
- Zinserträge	-74.548	-71.207
+ Zinsaufwendungen	1.965.455	1.885.309
+ Ertragsteueraufwand	685	663
- Ertragsteuerzahlungen	-685	-663
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-12.222.079	-3.292.468
+ Einzahlungen aus Anlagenabgang	12.105	284
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-14.212.896	-15.007.164
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevern	nögen -548.001	-830.899
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-20.000	0
+ Einzahlungen von Geldanlagen innerh.d. Cash-Management-	Konzerns 0	1.170.000
Cashflow der Investitionstätigkeit	-14.768.792	-14.667.779
+ Einzahlungen von Zuschüssen/Zuwendungen für Investitione in das Anlagevermögen (Fördermittel)	n 11.626.293	14.430.179
+ Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten	7.200.000	0
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-2.459.823	-1.049.997
+ Tilgungen von Ausleihungen	620.000	0
- Gezahlte Zinsen (langfristig)	-145.403	-182.966
Cashflow aus Finanztätigkeit	16.841.067	13.197.216
Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelbestände (8+15+22)	-10.149.804	-4.763.031
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	12.276.086	17.039.117
= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.126.282	12.276.086
Zusammenfassung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	2.126.282	6.976.086
Festgeldanlage Stadtwerke Finanzmittelfonds am Ende der Periode	0	5.300.000
- manemittenonus am Ende der Periode	2.126.282	12.276.086

## Krankenhauszweckverband Ingolstadt

# Konzerneigenkapitalspiegel 2019

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklagen	Ergebnisvortrag	Jahres- ergebnis	Konzern- eigenkapital
	€	€	€	€	€
Stand am 1.1.2018	2.000.000,00	70.610.664,62	10.633.804,46	1.832.946,02	85.077.415,10
Ergebnisverwendung Vorjahr Zuführung zu Rücklagen Entnahme aus Rücklagen und Umgliederung in			1.832.946,02	- 1.832.946,02	0,00 0,00
den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens Konzernjahresfehlbetrag 2018				- 1.120.142,69 <i>-</i>	0,00 1.120.142,69
Stand am 31.12.2018	2.000.000,00	70.610.664,62	12.466.750,48	- 1.120.142,69	83.957.272,41
Stand am 1.1.2019	2.000.000,00	70.610.664,62	12.466.750,48	- 1.120.142,69	83.957.272,41
Ergebnisverwendung Vorjahr Zuführung zu Rücklagen Entnahme aus Rücklagen und Umgliederung in			- 1.120.142,69	1.120.142,69 0,00	0,00 0,00
den Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens					0,00
Konzernjahresüberschuss 2019				2.900.255,20	2.900.255,20
Stand am 31.12.2019	2.000.000,00	70.610.664,62	11.346.607,79	2.900.255,20	86.857.527,61

## BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss des Krankenhauszweckverband Ingolstadt, Ingolstadt, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2019, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht des Krankenhauszweckverband Ingolstadt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat. Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Zweckverbandssammlung für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanzund Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Die Zweckverbandsversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermit-

telt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher beabsichtigter oder unbeabsichtigter falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Kon-

zernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen
  Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 22. Juni 2020

PrigewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftspriifungsgesellschaft

Anita Botzerhardt Wirtschaftsprüfer ppa Alexander Ecker Wirtschaftsprüfer

